13

Wirtschaftsprognose

Economic Forecast

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2000/2001

Jahresmodell LIMA/90

Juni 2000

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer
Daniela Grozea-Helmenstein
Christian Helmenstein
Helmut Hofer
Jaroslava Hlouskova
Reinhard Koman
Elizaveta Krylova
Monika Riedel
Edith Skriner
Martin Wagner
Andrea Weber

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Inhaltsverzeichnis

1.	**Einleitung und Zusammenfassung**	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	3
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	4/5
2.	**Die internationale Konjunktur**	6
	2.1. Internationale Konjunkturprognosen	6
	2.2. Länderprognosen	8
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	18
3.	**Die österreichische Außenwirtschaft**	19
4.	**Perspektiven der Inlandskonjunktur**	22
5.	**Monetäre Prognose**	30
	Abbildungen: Ergebnisse der monetären Prognose	33/34/35
Tabellenanhang		36

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Institute for Advanced Studies, Vienna

Zusammenfassung

1. Einleitung und Zusammenfassung

Gute Konjunkturaussichten verbessern Chancen für umfassende Budgetkonsolidierung

Die Konjunkturaussichten im gesamten OECD-Raum sind äußerst günstig und haben sich in den letzten Monaten sogar noch weiter verbessert. In den USA zeigen sich keine Zeichen für eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Lediglich in Japan finden sich nur zarte Hinweise auf eine Wachstumsbeschleunigung. Der Aufschwung im EURO-Raum wird von einer äußerst kräftigen Ausweitung der Exportnachfrage getragen, die von der Abwertung des EURO und der Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit unterstützt wird. Der internationale Handel ermöglicht die Übertragung der weltweiten Nachfrageimpulse in die einzelnen Länder und stärkt damit das Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit im EURO-Raum wird zurückgehen und die Inflation bleibt – abgesehen von der Entwicklung bei den Energiepreisen – niedrig. Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich deutlich verbessert.

Vor diesem Hintergrund kann das IHS seine Wachstumsprognose des realen Bruttoinlandsproduktes auf 3.4 % anheben. Eine außergewöhnlich starke Exportdynamik unterstützt die kräftige heimische Nachfrage. Die günstige Entwicklung im Warenexport führt zu einer kräftigen Belebung in der Sachgüterproduktion. Nächstes Jahr wird von einer Fortsetzung der guten internationalen Konjunktur ausgegangen, und trotz einer Abschwächung der Exportdynamik wird die österreichische Wirtschaft auch 2001 noch um 3.1 % wachsen.

Bereits 1999 expandierten die Konsumausgaben der privaten Haushalte kräftig. Der reale private Konsum wird 2000 um 2.9 % und 2001 um 2.5 % wachsen. Die Steuerreform in Verbindung mit dem Familienpaket trägt zu einer kräftigen Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei.

Die Investitionstätigkeit ist im Vorjahr deutlich schwächer ausgefallen als erwartet. Aufgrund der jetzt vorliegenden Zahl über die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) war bei den Ausrüstungsinvestitionen sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Mit dem Anspringen der Exportkonjunktur sollten sich die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr wieder deutlich beleben, worauf auch die Frühindikatoren hindeuten. Die realen Ausrüstungsinvestitionen werden heuer um 8.0 % und nächstes Jahr um 7.5 % wachsen. Die Baukonjunktur wird weiterhin schwach bleiben (1.3 % heuer und 1.1 % nächstes Jahr).

Die Außenwirtschaft und dabei insbesondere die Exporttätigkeit wird sich dynamischer entwickeln als noch bei der letzten Prognose angenommen. Die Wachstumsrate der Exporte laut VGR klettert nach einem Zwischentief von 3.5 % im Vorjahr heuer auf 9.4 % und im nächsten Jahr auf 6.7 %. Die realen Warenexporte laut VGR werden um 13.5 % und 8.5 % zunehmen. Nach der Dämpfung der Außenhandelsdynamik als Folge der internationalen Finanzturbulenzen zeichnet sich nun wieder eine ähnliche Entwicklung wie 1997/98 ab. Das Wachstum im Reiseverkehr wird im Prognosezeitraum 2.0 % bzw. 2.5 % betragen. Die kräftige Konsumnachfrage und Investitionsdynamik bringt eine

kräftige Belebung der realen Importnachfrage (7.6 %, 5.4 %) mit sich. Die Leistungsbilanz wird sich deutlich verbessern, das Defizit liegt aber im Jahr 2001 immer noch knapp unter 2 % des BIP.

In den ersten fünf Monaten des heurigen Jahres betrug die Inflationsrate 1.7 %. Primär wurde der Preisanstieg durch die Erdölpreise verursacht. Aufgrund der Anhebung der öffentlichen Gebühren wird die Inflationsrate nicht sinken, sodass im Jahresschnitt 2000 die Inflationsrate 1 ¾ % betragen wird. Im kommenden Jahr sollte sich die Inflation wiederum auf diesen Wert einpendeln.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin ausgezeichnet. Die positive Beschäftigungsdynamik hat sich in den ersten fünf Monaten des heurigen Jahres fortgesetzt. Das Institut rechnet daher mit einer Beschäftigungsausweitung von 1.3 % bzw. 1.0 %. Die Arbeitslosenrate in nationaler Definition wird auf 6.0 % bzw. 5.8 % zurückgehen. Dies impliziert Werte von 3.4 % und 3.2 % laut EUROSTAT-Berechnungsmethode.

Vor dem Hintergrund der guten Konjunkturentwicklung geht das Institut davon aus, dass die im Stabilitätsprogramm angepeilten 1.7 % Nettodefizit-Quote heuer erreicht werden. Bedenklich stimmt aber die Tatsache, dass Österreich bereits im Vorjahr gemeinsam mit Portugal das höchste Defizit innerhalb der EU aufgewiesen hat. Vor dem Hintergrund der Budgetentwicklung in der EURO-Zone ist auch das vorliegende Stabilitätsprogramm nur als wenig ambitioniert einzustufen. Eine stärkere Absenkung des strukturellen Defizits erscheint aber zur Sicherstellung des Maastricht-Ziels notwendig. Die gegenwärtig ausgezeichnete Konjunkturlage sollte zur Durchführung der dazu notwendigen Strukturreformen genutzt werden.

Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

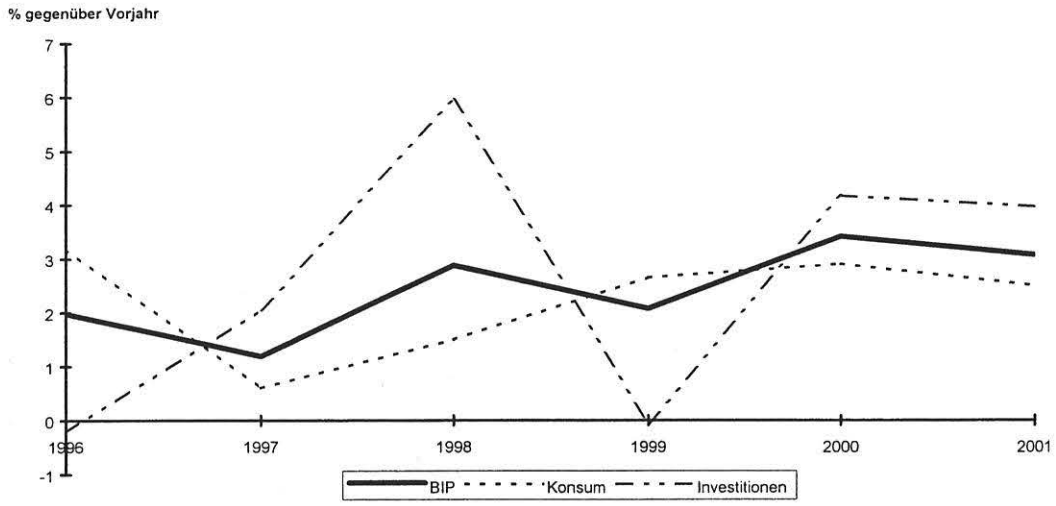
	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt, real	2.1	3.4	3.1
Privater Konsum, real	2.7	2.9	2.5
Bruttoinvestitionen insg., real	-0.1	4.2	4.0
Ausrüstungsinvestitionen, real	-1.4	8.0	7.5
Bauinvestitionen, real	1.0	1.3	1.1
Inlandsnachfrage, real	1.4	2.5	2.4
Exporte i.w.S., real	3.5	9.4	6.7
Waren, real (lt. VGR)	5.9	13.5	8.5
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	1.9	2.0	2.5
Importe i.w.S., real	1.9	7.6	5.4
Waren, real (lt. VGR)	4.3	9.0	6.8
Reiseverkehr, real (lt.VGR)	-2.3	0.5	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.2	1.3	1.0
Arbeitslosenrate: Nationale Definition*)	6.7	6.0	5.8
Arbeitslosenrate: EUROSTAT-Definition*)	3.7	3.4	3.2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigtem	2.7	2.2	2.9
Preisindex des BIP	0.9	1.0	1.3
Verbraucherpreisindex	0.6	1.8	1.7
Geldmenge M1	15.4	11.9	10.1
3-Monats-DM/Euro-Rendite*)	2.9	4.5	5.2
10-Jahres-DM/Euro-Rendite*)	4.7	5.6	5.8
Leistungsbilanz (Mrd.öS)*)	-74.6	-61.1	-52.1

*) absolute Werte

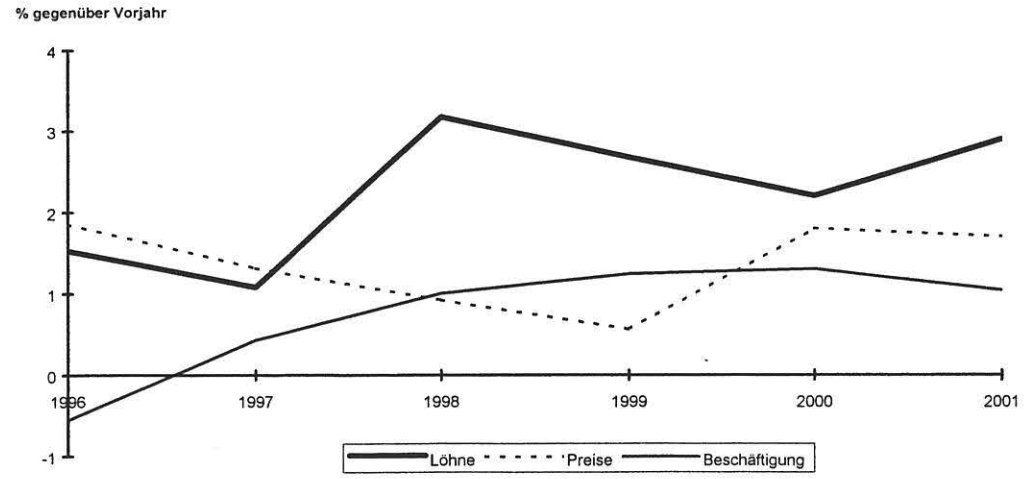
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1

BIP - Konsum - Investitionen

real

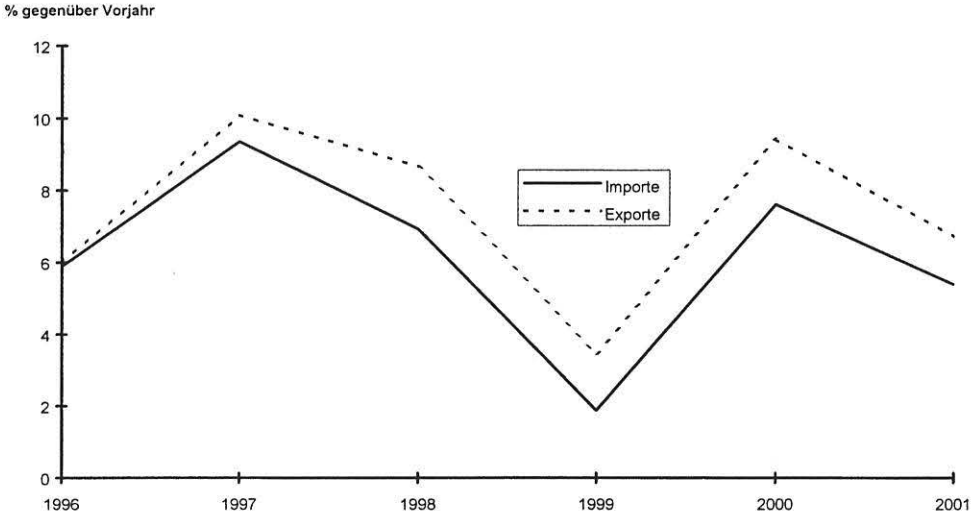


Löhne - Preise - Beschäftigung

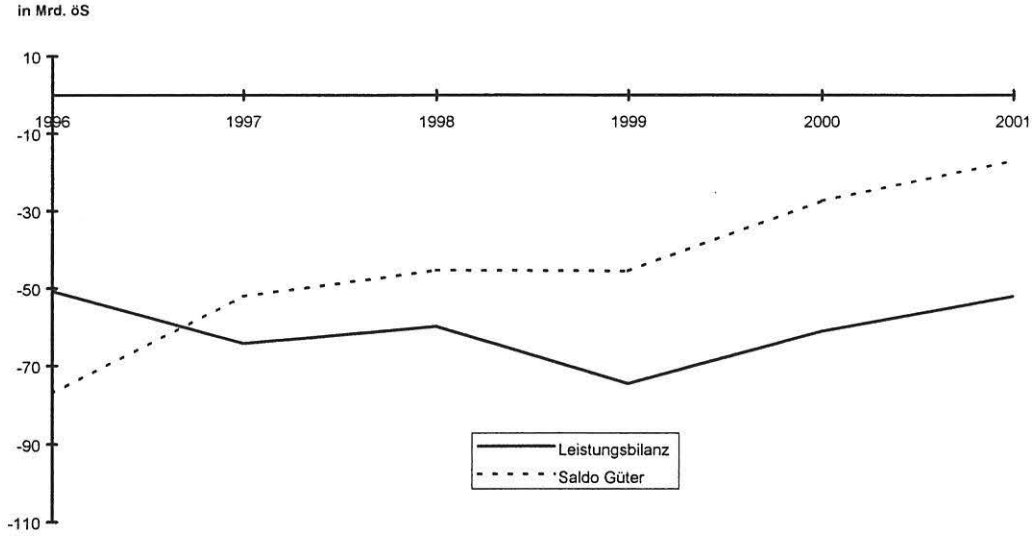


WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2

Importe (i.w.S.) - Exporte (i.w.S.)



Leistungsbilanz



Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Institute for Advanced Studies, Vienna

Intern. Konjunktur

2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

Die wesentlichen Veränderungen zur letzten Prognose stellen die stärker zunehmenden Weltexporte, der weiterhin hohe Rohölpreis und die Zinsanhebung im EURO-Raum dar. In den USA wuchs der Konsum der privaten Haushalte im ersten Quartal noch stärker als vor drei Monaten angenommen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sieht die Weltwirtschaft vor einem kräftigen Aufschwung. Die Weltwirtschaft steht nach Ansicht von internationalen Experten kurz vor dem Gipfelpunkt der konjunkturellen Entwicklung. Der vom Ifo errechnete Index für das Weltwirtschaftsklima verharrte im April/Mai auf einem Höchststand. Während in Europa das Wirtschaftswachstum neue Rekordwerte erreicht, gibt es bereits Anzeichen dafür, dass sich die Entwicklung in den USA etwas verlangsamt. Durch eine straffere Geldpolitik in den Industrieländern wird eine Verlangsamung der allgemeinen Wirtschaftsdynamik erwartet. In Japan hat sich der Wirtschaftsaufschwung noch nicht gefestigt.

In Asien stabilisiert sich die Wirtschaftslage zunehmend, wobei das Wachstum vorwiegend von der heimischen Nachfrage und insbesondere vom Konsum der privaten Haushalte stimuliert wird. Asiens Importe dürften im laufenden Jahr das rascheste Wachstum seit 1995 erzielen. Die Asian Development Bank rechnet mit einer Zunahme der Importe (exkl. Japan) von 12.4%, verglichen mit realisierten 9.1% im Jahre 1999. Im Krisenjahr 1998 fielen die Importe um 16.2%. Aber auch die Exporte, insbesondere in der Elektroindustrie, entwickeln sich zur Zeit rascher als erwartet. In China stiegen die Exporte in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres im Jahresvergleich um 37%.

Nach dem zweijährigen Wirtschaftseinbruch in Lateinamerika erholt sich die Region im laufenden Jahr zusehends. Im ersten Quartal wuchs die brasilianische Wirtschaft im Jahresabstand um 3.8%, Chiles BIP beschleunigte sich um 5.5% und Mexiko verzeichnete ein Rekordwachstum von 7.9%.

In einer Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Entwicklung in Osteuropa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sagt die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD bzw. Osteuropa-Bank) ein durchschnittliches Wachstum von 3.6% für dieses Jahr voraus, während im letzten Jahr nur 2.4% zu verzeichnen waren und 1998 sogar eine Einbuße von 1.1% registriert wurde. Alle östlichen Nachbarländer Österreichs werden im Jahr 2000 positive Wachstumsraten erzielen.

Das Wirtschaftswachstum der EU dürfte im laufenden Jahr 3.5% betragen. Im ersten Quartal wuchsen die entsprechenden Werte für EU11 und EU15 verglichen mit dem Vorjahresquartal bereits um 3.2% und dürften sich im zweiten Quartal beschleunigen. Eine leichte Abschwächung wird für die zweite Hälfte des laufenden Jahres erwartet. Die derzeitigen Wachstumsraten, die höchsten seit zehn Jahren, werden vor allem von den Investitionen und den Exporten getragen, während auf den Konsum der privaten Haushalte nur ein geringer Wachstumsbeitrag entfällt. Grund für die hohe Auslandsnachfrage ist die hohe Wettbewerbsfähigkeit der EURO-Länder und die steigende Nachfrage

aus Südostasien und Lateinamerika, wobei aber auch die anhaltende Hochkonjunktur der US-Wirtschaft wesentlich zur Exportdynamik in der EU beiträgt.

Es wird erwartet, dass die Inflationsrate in der EU im laufenden Jahr unter der 2-Prozentmarke bleibt. Die Europäische Kommission rechnet mit einer Preissteigerungsrate von 1.8% im laufenden und im nächsten Jahr. Im ersten Quartal des laufenden Jahres hat der EURO gegenüber dem USD im Jahresvergleich um 14% an Wert verloren und um 17% im Mai. Durch diese Entwicklung konnten Unternehmen, die in Europa produzieren und in die USA oder nach Japan verkaufen, große unerwartete Gewinne erzielen. Neben den Güterexporten profitierten auch die Dienstleistungsbranche und insbesondere der Reiseverkehr aus Übersee von der Wechselkursentwicklung. Aufgrund der guten Wirtschaftsdaten der EU konnte der EURO im Juni etwas an Wert gewinnen, daher dürfte sich das Exportwachstum gegen Jahresende etwas abschwächen.

Der Handelsblatt-EURO-Konjunktur-Indikator erreichte mit 3.5% im Mai einen neuen Höchststand. Maßgeblich für die erneute Verbesserung des Indikators ist das bis zuletzt gestiegene Industrievertrauen und eine Erholung bei der Industrieproduktion. Die Unternehmen hatten in den vergangenen Monaten stark steigende Auftragseingänge aus dem Ausland verzeichnet. Zugleich hat die Kapazitätsauslastung in der Industrie seit Jahresbeginn kräftig zugenommen und liegt zur Zeit bei 83.5%. Damit besteht zwar noch Spielraum für weiteres Wachstum ohne Preisdruck, dennoch sind erste Kapazitätsengpässe in den kommenden Monaten nicht ausgeschlossen.

Im Frühjahr 2000 hatten in den EU-Ländern 3.2 Millionen mehr Menschen einen Arbeitsplatz als 1999. Durch die verbesserten Wirtschaftsbedingungen zeichnet sich im EU-Raum eine Entspannung am Arbeitsmarkt ab. Laut EUROSTAT fiel die Arbeitslosenquote in den 15 EU-Mitgliedsstaaten im April auf 8.5 % nach 9.3 % im Vorjahr. In der EURO-Zone verbesserte sich die Rate im April auf 9.2 % nach 10.1 % im März.

Die Verbraucherpreise stiegen in den EURO-Ländern im April im Jahresvergleich um 1.9%, verglichen mit 2.1 % und 2.0 % im März und Februar. Die Inflation in Irland und Spanien ist jedoch bedeutend höher, weil beide Länder stärker expandieren als die übrigen EURO-Länder. Das Wirtschaftswachstum Irlands und Spanien dürfte im laufenden Jahr 9 % bzw. 4 % betragen, verglichen mit Italien, das heuer etwa 2.5% Wachstum verzeichnen dürfte. Dies zeigt die Problematik einer einheitlichen monetären Politik innerhalb der EURO-Länder.

Die EZB erhöhte im Juni des laufenden Jahres erneut den Leitzinssatz (Refinanzierungsrate) von 3.75 % auf 4.25 %. Begründet wird dieser Schritt mit dem wachsenden Preisdruck durch den schwachen EURO, der Preisentwicklung am Rohölmarkt und der starken Expansion bei den Krediten. Die Geldmenge M3 stieg im April im Jahresabstand von 7.4% etwas langsamer als im März (7.8%). Nach wie vor aber liegt das Wachstum über dem EZB-Referenzpfad von 4.5%. Wegen der ungleichen Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Länder rechnet man frühestens im Herbst des laufenden Jahres mit einer weiteren Zinsanhebung.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Aufwärtstrend. Das BIP wuchs im ersten Quartal im Jahresabstand um 3.3% und erreichte somit das stärkste Wachstum seit der Wiedervereinigung. Das Wachstum dürfte sich im zweiten Quartal des laufenden Jahres weiter verstärken. Für das laufende Jahr wird daher ein BIP-Wachstum von 3.5% erwartet und 3.0% für das Jahr 2001.

Der Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft ist ausschließlich der Export. Die günstige Entwicklung der Weltwirtschaft und der schwache EURO-Kurs dürften weiterhin für einen konjunkturellen Schub sorgen. Im laufenden Jahr dürften die realen Exporte um 15.7% wachsen und sich im Jahr 2001 auf 8.5% abschwächen. Die starke Exportdynamik stimuliert die Anlageinvestitionen. Das Baugewerbe bleibt jedoch weiterhin der Schwachpunkt der deutschen Wirtschaft. Der private Konsum entwickelte sich im ersten Quartal nur mäßig (+0.9% im Jahresabstand). Im laufenden Jahr erwarten wir Wachstumsraten von 1.8% und im nächsten Jahr von 2.1%.

Durch verbesserte Wettbewerbsbedingungen und die unverminderte Konjunktur in den USA, dem wichtigsten Handelspartner in Übersee, konnte Deutschland im Handel mit Drittstaaten einen neuen Rekord erzielen. Im ersten Quartal stiegen die deutschen Warenexporte zum Vorjahreszeitraum nominal um 19%. Die Einfuhren wuchsen um 22%.

Durch die lebhafte Nachfrage aus dem Ausland wuchs die Industrieproduktion im ersten Quartal des laufenden Jahres im Jahresabstand um etwa 5%. Im März erreichte die Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie im Durchschnitt 88%. Dies ist der höchste Nutzungsgrad seit 1991. Im ersten Quartal des laufenden Jahres übertraf das Wachstum der realen Auftragseingänge um 10.5% das Vorjahresniveau, wobei Aufträge aus dem Ausland etwa zu zwei Drittel zur Steigerung beitragen. Die gute Auftragslage lässt auch auf ein starkes zweites und drittes Quartal in der Wirtschaftsentwicklung schließen.

Die günstige Wirtschaftslage spiegelt sich auch im Ifo-Konjunkturtest wider. Die aktuelle Geschäftslage wird in der Industrie derzeit so günstig eingeschätzt wie seit zwei Jahren nicht mehr. Die Einschätzung der Entwicklung in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres befindet sich sogar auf einem Fünfjahreshoch. Nachdem die neuen Länder lange Zeit im Schatten der westdeutschen Entwicklung gestanden hatten, scheint der Aufschwung nunmehr auch den Osten voll erfasst zu haben. Das Handelsblatt-Konjunkturbarometer für Ostdeutschland setzte seinen vor drei Monaten begonnenen Erholungskurs mit einem sprunghaften Anstieg von 2.9% auf 3.7% im Juni fort. Alle in das Ostbarometer eingehenden Einzelwerte haben sich zuletzt teilweise stark verbessert.

Laut Ifo-Umfragen befindet sich die Bauwirtschaft nach wie vor in einem Nachfragetief. Allerdings ist im März der Auftragseingang wieder etwas lebhafter gewesen, wobei der saisonbereinigte Zuwachs gegenüber Februar 3% im Westen und knapp 11% im Osten betrug.

Das Wirtschaftswachstum wirkt sich nun positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Nach zwei Quartalen mit dynamischem Wirtschaftswachstum zeigt sich eine deutliche Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen (saisonbereinigt um 0.3 % gegenüber dem Vorquartal). Die deutsche Bauwirtschaft profitiert vom konjunkturellen Aufschwung nur mäßig. Auf Grund der schwachen Nachfrage und der steigenden Produktivität scheint ein weiterer Personalabbau unausweichlich.

Trotz des konjunkturellen Aufschwungs und einer erheblichen Verteuerung der fossilen Brennstoffe bleibt der Preisanstieg, unterstützt durch eine maßvolle Lohnentwicklung, moderat. Die Steigerungsraten bei den Verbraucherpreisen dürften im März des laufenden Jahres im Jahresvergleich mit 1.9% ihren Höchststand erreicht haben. Für des laufende Jahr dürfte die Teuerung 1.7%, für das nächste Jahr 1.4% betragen.

Weitere westeuropäische Länder

Italiens Wirtschaft wächst deutlich langsamer als der Durchschnitt der EU-Länder. Das BIP dürfte heuer um 2.4% wachsen, für das nächste Jahr sind 2.1% zu erwarten. Die letzte Wirtschaftsprognose der italienischen Regierung liegt bei optimistischen 2.7%. Die Inflationsrate dürfte im Jahresdurchschnitt bei 2.9% betragen. Durch die hohe Preissteigerungsrate ist die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft etwas geringer als jene in den anderen EURO-Ländern. Die Exporte verzeichnen zwar ein starkes Wachstum, werden aber durch einen noch stärkeren Anstieg der Importe überkompensiert. Die heimische Nachfrage dürfte im laufenden Jahr um 2.8% wachsen.

Die italienischen Staatseinnahmen erreichten in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres eine Rekordhöhe. Nach Angaben des italienischen Finanzministeriums wuchsen die Einnahmen im Jahresabstand um 14.1%, was primär auf die Besteuerung von Börsegewinnen zurückzuführen ist. Durch die hohen Einnahmen dürfte das Verhältnis zwischen Defizit und BIP unter die Schwelle von 1.5% sinken.

Im ersten Quartal des laufenden Jahres wuchsen die realen Einzelhandelsumsätze im Jahresabstand um 2%. Die Autoindustrie verzeichnete in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres starke Zuwächse bei Autoverkäufen. Diese Entwicklung wird auch durch die Steigerung bei den Neuzulassungen bestätigt. Im Mai stiegen sie im Monatsabstand um etwa 6%. Ein Rückgang wurde jedoch beim Umsatz von Treibstoffen verzeichnet.

Die Produktion der italienischen Industrie stieg im ersten Quartal im Jahresvergleich um 3.3%, laut Konjunkturumfrage des Isae (Istituto di Studi e Analisi Economica) sind die Aussichten für die nächsten Quartale optimistisch. Die Auftragseingänge stiegen im ersten Quartal im Jahresabstand um

9.3% und dürften auch im zweiten Quartal eine ähnliche Wachstumsrate erzielen. Gemäss den Schätzungen des Unternehmerverbands Confindustria ist der konjunkturelle Aufschwung zu rund 80% auf die Nachfrage aus dem Ausland zurückzuführen, wobei im ersten Quartal des laufenden Jahres ein Exportboom im Warenhandel mit Wachstumsraten von 20% eintrat.

Das Anziehen der Konjunktur führte am Arbeitsmarkt bereits zu Engpässen, obwohl sich die Arbeitslosenquote landesweit immer noch bei 11% bewegt. Gemäss einer neuen Untersuchung des Isae klagten Ende März 4.5% der Unternehmen über ein unzureichendes Angebot an Arbeitskräften, eine Knappheit, die sie daran hinderte, ihre Produktion wunschgemäss zu erhöhen. Vor Jahresfrist lag die entsprechende Quote noch bei 2.6%. Der Mangel an Arbeitskräften machte sich vor allem in den nordöstlichen und nordwestlichen Regionen Italiens bemerkbar.

Italiens Verbraucherpreise stiegen im Mai im Jahresvergleich um 2.5%. Die realisierten Werte übertrafen somit leicht die Erwartungen, wobei Transport und Wohnungskosten für den Anstieg verantwortlich waren. Die Regierung rechnet bis Jahresende mit einer Teuerungsrate bei den Verbraucherpreisen von maximal 1.8%. Italienische Wirtschaftsexperten sehen indes dieses Ziel aufgrund der derzeitigen Situation schwer erreichbar, da Italien sehr stark vom Import von Erdöl abhängig ist.

Frankreichs Wirtschaft dürfte im laufenden Jahr um 3.8% wachsen und im nächsten Jahr um etwa 3%. Neben der starken heimischen Nachfrage (3.0%) trägt der Export mit einer Wachstumsrate von etwa 12.6% im laufenden Jahr wesentlich zum Wirtschaftswachstum Frankreichs bei. Trotz der lebhaften Nachfrage werden die Preissteigerungen die 2-Prozentmarke nicht überschreiten.

Es wird erwartet, dass der Konsum der privaten Haushalte in der ersten Hälfte des laufenden Jahres seinen Hochstand mit durchschnittlich 2.7% im Jahresvergleich erreicht und sich in der zweiten Hälfte auf 2.3% abschwächt. Frankreichs Konsumentenvertrauen fiel laut Bericht des INSEE im Mai bereits leicht unter das Rekordniveau vom April. Die Konsumenten befürchten, dass die 35-Stunden-Woche eine Verringerung des Einkommens mit sich bringen könnte.

Durch die gute Auftragslage am Anfang des Jahres wuchs die Industrieproduktion im ersten Quartal im Jahresabstand um 4%. Die Auftragsbücher für Industriegüter sind weiterhin voll, wobei der Großteil der Aufträge aus dem Ausland kommt. Der Optimismus der Unternehmer erreichte im Mai ein Rekordniveau. Die Erwartungen bezüglich einer Beschäftigungssteigerung für das zweite Halbjahr werden von Experten als positiv eingeschätzt. Die Kapazitätsauslastung wuchs im ersten Quartal auf 86.7% und lag somit 2.5 Prozentpunkte über dem langjährigen Durchschnitt.

Im ersten Quartal des laufenden Jahres wurden im privaten und halb-öffentlichen Sektor um 1.1% mehr Arbeitsplätze geschaffen, das ist der höchste Anstieg seit drei Jahrzehnten. Die meisten neuen Stellen entstehen im Dienstleistungssektor und in der Bauindustrie, während die verarbeitende Industrie nur die Hälfte des Durchschnittswertes ausmacht. Es machen sich aber bereits Ängste bemerkbar, dass eine Knappheit an Arbeitskräften insbesondere im Bereich Informationstechnologie entstehen könnte. Unter diesen Voraussetzungen wird erwartet, dass die französische

Arbeitslosenrate bis zum Ende des Jahres auf etwa 9.0% fallen dürfte. Eine weitere Absenkung der Arbeitslosenquote wird jedoch auf Grund von strukturellen Bedingungen als schwierig erachtet.

Durch die gute wirtschaftliche Entwicklung und die damit zusammenhängende Zunahme bei den Staatseinnahmen konnte das Budgetdefizit im ersten Quartal weiter abgebaut werden. Im laufenden Jahr könnte Frankreich das Budgetdefizit auf 1.5% des BIP verringern. Obwohl Frankreichs Defizitabbau rasch voran geht, liegt es noch immer hinter den anderen EURO-Ländern, mit Ausnahme von Österreich.

Die Verbraucherpreise wuchsen im ersten Halbjahr im Jahrsabstand um etwa 1.7%. Die Kerninflationsrate betrug im Mai 1.1%. Durch die hohen Rohölpreise wird sich die Inflation in Frankreich in den nächsten Monaten etwas erhöhen. Für das laufende und kommende Jahr wird eine Preissteigerungsrate von jeweils 1.9% erwartet.

Im **Vereinigten Königreich** wuchs das BIP im ersten Quartal des laufenden Jahres um 3.1% im Jahresabstand stärker als erwartet und liegt somit über dem Wachstumstrend der letzten zwei Jahre. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich das Wachstum noch beschleunigen. Für das laufende Jahr wird mit einer Wachstumsrate von 3.5% gerechnet. Im Jahr 2001 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 2.9% verlangsamen. Die Expansion wird in beiden Jahren von der heimischen Nachfrage und insbesondere vom Konsum der privaten Haushalte getragen.

Es gibt jedoch bereits Anzeichen dafür, dass der Konsum der privaten Haushalte im laufenden Jahr etwas schwächer als im Vorjahr wachsen wird. Während im vierten Quartal des vergangenen Jahres ein Wachstum von 4.4% im Jahresabstand erreicht wurde, wird für das laufende Jahr eine Steigerung von 3.1% erwartet. Die realen Exporte des Vereinigten Königreichs dürften sich im laufenden und im nächsten Jahr langsamer als in den anderen EU-Ländern entwickeln. Grund für die gebremste Exportdynamik ist die geringere, wechselkursbedingte Wettbewerbsfähigkeit der britischen Industrie gegenüber den EURO-Ländern. Durch die starke ausländische Konkurrenz ist die Preisentwicklung im Vereinigten Königreich stark unter Druck geraten. Um Aufträge aus dem Ausland zu erhalten, wurden die Preise für Exportgüter reduziert, sodass die Unternehmen derzeit nur geringe Gewinnspannen erzielen.

Die Industrieproduktion ist im ersten Quartal zum Vorjahreszeitraum um 1.5% gestiegen, verglichen mit 1.8 % im letzten Quartal des Vorjahres. Wachstumsbeiträge kamen von der Maschinen-, Elektro-, und Transportindustrie sowie von der Telekommunikationsbranche. Der Dienstleistungssektor expandierte im April den 14. Monat in Folge. The Chartered Institute of Purchasing and Supply berichtete, dass 30% der befragten Unternehmen gute Geschäfte im April verzeichneten und nur 10% einen Rückgang registrierten. Chemische, Textil- und metallurgische Industrie verzeichneten einen Rückgang.

Die Bank of England (BOE) belässt im Juni des laufenden Jahres den Leitzinssatz auf 6%. Jedoch wird damit gerechnet, dass im laufenden Jahr Zinsanhebungen geplant sind. Nachdem der Wechselkurs des Pfund gegenüber den wichtigsten Handelswährungen derzeit eine fallende Tendenz

zeigt, verteuern sich dadurch die importierten Rohstoffe. Die Verbraucherpreise stiegen im Mai im Jahresabstand bereits um 3.1%. Im laufenden Jahre dürfte die Inflationsgrenze, die von der BOE mit 2.5% festgelegt wurde, um 0.4 Prozentpunkte überschritten werden.

Die **Schweizer** Wirtschaft wuchs im ersten Quartal im Jahresvergleich um 2.9%, verglichen mit 2.5% im Vorquartal. Nach einer starken ersten Hälfte dürfte sich die Konjunktur im Herbst leicht abschwächen. Die Exporte blieben zwar der Impulsgeber, aber die etwas langsamer wachsende Weltkonjunktur und Wechselkurseffekte werden die Wirtschaftsdynamik etwas dämpfen. Für das laufenden Jahr wird daher ein Wachstum von etwa 2.7% erwartet. Der Ausblick für den Gesamtwirtschaftsverlauf im Jahr 2000 beruht auf den Annahmen einer leichten Straffung der Geldpolitik durch die Schweizerische Nationalbank und auf leicht über dem Vorjahresstand liegende Zinsen. Im kommenden Jahr dürfte die BIP-Expansion 2.3% betragen.

Auch in der Schweiz wird die Konjunktur von den Exporten getragen. Sie wuchsen im ersten Quartal des laufenden Jahres im Jahresvergleich um 12.2%. Der private Konsum nahm im Jahresvergleich um 2.5% zu. Stabil zeigten sich die Anlageinvestitionen, wobei ein Plus bei den Bauinvestitionen darauf hindeutet, dass die Erholung der Baukonjunktur weiterhin an Dynamik gewonnen hat.

Die Industrieproduktion wuchs im ersten Quartal im Jahresvergleich um 8%. Viele Unternehmen der Zulieferindustrie profitieren vom Exportboom in der EURO-Zone und von der Abwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem USD. Die Auftragseingänge nahmen im ersten Quartal im Jahresvergleich real um 13% zu. Die gute Wirtschaftslage wirkt sich bereits positiv auf die Reallohnentwicklung aus. Entgegen dem Trend der vergangenen Jahre sieht die große Mehrheit aller Abschlüsse wieder generelle Lohnsteigerungen vor.

Auf Branchenebene werden die stärksten Produktivitätssteigerungen im Finanzsektor, in der chemischen Industrie und der Elektrotechnik spürbar werden. Doch auch die Nahrungsmittelindustrie und der Bereich Graphik/Druck können dank neuen Technologien die Effizienz in der Produktion oder im Vertrieb markant erhöhen.

Die Erwerbstätigkeit auf dem Schweizer Arbeitsmarkt wächst. Im ersten Quartal 2000 waren so viele Personen beschäftigt wie seit 1991 nicht mehr. Die offizielle Arbeitslosenquote ist in der Schweiz im April nochmals deutlich um 0.2 Prozentpunkte auf 2.1% gesunken.

Da in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres der Basiseffekt der höheren Energiepreise wegfällt, ist die weiterhin mäßige Teuerung von 1.9 % zurückzuführen auf die jüngste Hypothekarzinsrunde sowie auf leichte Lohn- und Preiserhöhungen.

USA

Das Wachstum der US-Wirtschaft bleibt weiterhin robust. Das reale BIP wuchs im ersten Quartal des laufenden Jahres im Jahresabstand um 5.0%, verglichen mit 4.6% im letzten Quartal des Vorjahres. Im zweiten Quartal dürfte das Wachstum wiederum um die 5.0% liegen. Für die zweite Jahreshälfte deuten Frühindikatoren (abnehmende Aufträge für langlebige Wirtschaftsgüter, rückläufige Bauzulassungen, Börsenkurse) auf eine Verlangsamung des Wachstums hin.

Nachdem die Wirtschaftsaussichten für das erste Quartal noch besser ausfielen als zuletzt erwartet, wurde die BIP-Prognose für das Jahr 2000 um 0.7 Prozentpunkte nach oben revidiert. Das BIP der USA dürfte daher im Jahr 2000 ein Wachstum von 4.2% erreichen und sich im folgenden Jahr auf 3.6% verlangsamen.

Die Ausgaben der privaten Haushalte dürften jedoch am Ende des vergangenen Jahres ihren Höhepunkt überschritten haben. Die Einzelhandelsumsätze wuchsen bereits im ersten Quartal des laufenden Jahres real um 7.2% im Jahresabstand etwas langsamer, verglichen mit 8.4% im letzten Quartal des vergangenen Jahres. Für das zweite Quartal wird mit einer weiteren Wachstumsverlangsamung bei den realen Einzelhandelsumsätzen gerechnet. Die Konsumentennachfrage konzentriert sich vor allem auf die Elektrobranche, das Transportwesen und die Automobilindustrie. Die Bautätigkeit der privaten Haushalte ist hingegen seit dem vierten Quartal des vergangenen Jahres rückläufig, sie fiel in beiden Quartalen im Jahresabstand um etwa 2.5 %. Dieser Trend ist ein Zeichen dafür, dass das steigende Zinsniveau den Konsum der privaten Haushalte dämpft.

Nach jüngsten Schätzungen des Congressional Budget Office dürfte der US-Budgetüberschuß im laufenden Fiskaljahr USD 200 Mrd. überschreiten. Ältere Schätzungen beliefen sich auf etwa USD 179 Mrd. Die Steuereinnahmen waren im April und Mai des laufenden Jahres um etwa 11% höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die Industrieproduktion ist im Jahresabstand um 5.3 % gewachsen, verglichen mit 4.2 % im letzen Quartal des vergangenen Jahres. Im April beschleunigte sich das Wachstum auf 5.8 %. Die Kapazitätsauslastung erreicht im April 82 %. Dies ist die höchste Rate seit Mai 1998 und bedeutet, dass die US-Unternehmen alle zur Verfügung stehenden Kapazitäten ausnützten, um der erhöhten Nachfrage nachzukommen. Dadurch sind auch die Lager auf einen historischen Tiefststand gefallen. Neben der kräftigen heimischen Nachfrage brachte der Aufschwung der Weltwirtschaft hohe Steigerungsraten in der verarbeitenden Industrie. Die realen Exporte wuchsen im ersten Quartal im Jahresvergleich um 7.7% und dürfen im zweiten Quartal etwa 10 % erreichen.

Die Arbeitsmarktsituation verbessert sich weiterhin und die Arbeitslosenrate fiel im April des laufenden Jahres zum ersten Mal seit 30 Jahren unter 4 %. Im April wurden 340,000 neue Arbeitsplätze geschaffen, wobei fast das gesamte Stellenplus auf den Dienstleistungsbereich entfiel. Durch die starke Nachfrage nach Arbeitskräften werden nun auch die sozialen Randgruppen in den Arbeitsmarkt integriert.

Im ersten Quartal des laufenden Jahres wuchs die Arbeitsproduktivität langsamer als erwartet und die Arbeitskosten stiegen stark an. Die Verbraucherpreise stiegen im ersten Quartal des laufenden Jahres im Jahresabstand um 3.2% an. Im weiteren Jahresverlauf wird sich der Preisauftrieb abschwächen, sodass die Inflation im Jahresdurchschnitt 2.8% betragen wird.

Im Mai hat die Fed die kurzfristigen Zinsen um 0.5 Prozentpunkte auf 6.8 %, den höchsten Stand seit 1991, erhöht. Die Zinsanhebung wurde damit begründet, dass die hohe Nachfrage trotz der raschen Produktivitätssteigerung einen Engpass auf der Angebotsseite herbeiführen und dadurch Druck auf die Ressourcen entstehen könnte. Vor diesem Hintergrund stehen weitere Zinsanhebungen in Aussicht.

Japan

Die japanische Wirtschaft erholt sich langsam. Nachdem das japanische BIP 1999 um 0.3% gewachsen ist, dürfte sich die Wachstumsrate im laufenden und kommenden Jahr auf 1.5% bzw. 1.7% beschleunigen. Dies sind die besten Aussichten seit 1997. Die Bedingungen für die BIP-Prognose sind ein starker Yen vis-à-vis zum USD und ein bei Null liegender Leitzinssatz. Das Wachstumsziel der japanischen Regierung für das Jahr 2000 liegt bei nur 1.0%.

Das japanische Wirtschaftswachstum stützt sich auf eine rege Investitionstätigkeit. Geschäftserwartungen, Unternehmensgewinne und Ausgaben verbesserten sich aufgrund der auflebenden Auslandsnachfrage, des Booms im Bereich Informationstechnologie und durch Förderungsmaßnahmen der Regierung. Nach einer negativen Entwicklung im vergangenen Jahr (-0.7%) dürfte die Investitionstätigkeit im laufenden und nächsten Jahr um 4.5% steigen. Im ersten Quartal des laufenden Jahres wuchs die Industrieproduktion im Jahresabstand um 5.3%. Trotz des starken Yen wird erwartet, dass die Exporte im laufenden Jahr um etwa 5.2% wachsen werden, verglichen mit 1.8% im Vorjahr.

Der Konsum der privaten Haushalte, der 60% des BIP ausmacht, dürfte sich im zweiten Quartal zwar etwas beschleunigen, aber im Jahresdurchschnitt nur um 0.6% wachsen. Die Entwicklung des Konsums ist seit langem der Schwachpunkt der japanischen Wirtschaft. Das Land verfügt über die höchsten Spareinlagen der Welt. Wegen der wachsenden Unsicherheit am Arbeitsmarkt, den erwarteten Steuererhöhungen, die zur Sanierung des hohen Budgetdefizit erforderlich werden, und Kürzungen bei den Pensionen bleibt die Sparneigung in Japan besonders hoch. Im April fielen die Einzelhandelsumsätze im Vergleich zum Vorjahr um 3.7%, das 37. Monat in Folge mit einem negativen Vorzeichen.

Im März erreicht die Arbeitslosigkeit 4.9% Die derzeitige Arbeitslosigkeit wird als besonders hoch eingeschätzt, da die japanischen Arbeitnehmer dafür bekannt sind, nur selten den Arbeitsplatz zu wechseln. Die Situation am Arbeitsmarkt bleibt aber weiterhin gespannt. Die Lage der jugendlichen Arbeitslosen verbesserte sich, jedoch verschlechterten sich für die 55- bis 64-Jährigen die Bedingungen. Als Zeichen einer Entspannung ist es zu werten, dass 56 offenen Stellen 100 Arbeitslose gegenüberstehen.

OSTEUROPA

Als Folge der Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds setzte sich im ersten Quartal des Jahres 2000 die positive Wirtschaftsentwicklung in den ost- und mitteleuropäischen Reformstaaten fort. Allerdings sind die hohen Wachstumsraten mancher Länder (Ungarn, Polen, Tschechien) auch in Zusammenhang mit der niedrigen Vergleichsbasis zu sehen. In der zweiten Hälfte des Jahres 2000 dürfte sich das Wachstum in den mittel- und osteuropäischen Ländern wegen der günstigen Wachstumsaussichten in der EU, in Russland und Asien sowie in den Ländern mit erfolgreichen Restrukturierungsprogrammen fortsetzen.

In **Ungarn** lag das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal des Jahres 2000 mit 6.8 % im Jahresabstand auf dem höchsten Niveau seit 1995 (Beginn der Publikation vierteljähriger BIP-Daten durch die ungarische Statistik). Der Hauptgrund dafür war die Beschleunigung des Wachstums der Industrieproduktion (+21 %), angetrieben von steigenden Exporten (+17.5 % Wachstum real) und hohen Anlageinvestitionen (+7 %). Ein weiterer Rückgang der Arbeitslosenquote (auf 6.7 % von 7.4 % im ersten Quartal des Vorjahres) wurde im ersten Quartal des Jahres 2000 registriert.

Für das Jahr 2000 erwartet die ungarische Regierung ein Wachstum von etwa 5–6 %. Treibende Kraft wird, neben dem Zuwachs der öffentlichen Investitionen und der verbesserten internationalen Konjunktur, die Beschleunigung des privaten Konsums sein (prognostiziertes reales Wachstum von 4 %). Diese Beschleunigung wird nicht zuletzt von steigenden Löhnen im öffentlichen Sektor getragen.

In **Polen** blieb das Wachstum mit 6 % im ersten Quartal des Jahres 2000 im Jahresabstand weiter auf einem hohen Niveau. Die Inlandsnachfrage (+6.6 %) und dabei insbesondere der Lageraufbau (Beitrag von +1 % zum BIP-Wachstum) und die Ausrüstungsinvestitionen (+12 %) waren die wichtigsten Wachstumsmotoren. Diese Entwicklung wurde im April 2000 von einer Zunahme der Inflation auf 9.8 % (im wesentlichen verursacht durch steigende Ölpreise) und der Arbeitslosenquote auf 13.6 % begleitet. Das Leistungsbilanzdefizit weitete sich im ersten Quartal 2000 weiter aus (auf 9.5 % des BIP), da die Exporte rückgängig waren und sich das Budgetdefizit verschlechterte (-2 % des BIP Ende April 2000).

Infolge der restriktiven Geld- und Finanzpolitik ist für die zweite Hälfte des Jahres 2000 eine Verlangsamung der Inlandsnachfrage und des Wachstums zu erwarten. Für das Jahr 2000 erwartet die polnische Regierung eine Wachstumsrate von 5½ %. Die Beschleunigung des Wachstums in der EU und die Wechselkursfreigabe des polnischen Zloty (seit April 2000) dürften die Exporte begünstigen und zusammen mit dem geringen Importwachstum als Folge der schwächeren Inlandsnachfrage zur Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits beitragen.

Im ersten Quartal des Jahres 2000 setzte sich das Wachstum des BIP und der Industrieproduktion (mit 4.4% bzw. 4.8 % gegenüber dem ersten Quartal 1999) in **Tschechien** fort. Diese Entwicklung ist auf steigenden privaten Konsum (+6.5 %) und steigende Exporte (+20.2 %, nominelles Wachstum)

zurückzuführen. Ende April 2000 wurde eine leichte Reduzierung der Arbeitslosenquote auf 9 % (hauptsächlich saisonal bedingt) und der Inflationsrate auf 3.6 % registriert

Für das Jahr 2000 prognostiziert die tschechische Regierung ein Wachstum von 1½ %, das von der Inlandsnachfrage (insbesondere Anlageinvestitionen) getragen wird. Von der Entstehungsseite her werden Dienstleistungen und Industrieproduktion die wichtigsten Wachstumsmotoren sein.

Das moderate BIP-Wachstum in der **Slowakei** im Jahr 1999 setzte sich im ersten Quartal des Jahres 2000 mit 1.5 % fort. Das trotz fallender Inlandsnachfrage (-5.2 %) wachsende BIP wurde vom starken Wachstum der Exporte (+19.8 %) infolge des Anstiegs der EU-Nachfrage und der Abwertung der Krone getragen. Wegen der Beibehaltung des Importzuschlages, der im Juli 1999 wieder eingeführt wurde, und der fallenden Inlandsnachfrage wuchsen die Importe im ersten Quartal 2000 um nur 8.8 %. Dadurch reduzieren sich Handels- und Leistungsbilanzdefizit. Dagegen blieben Arbeitslosenquote (19.3 %) und Inflation (15.5 %) infolge der Steigerung der administrierten Preise weiter auf einem hohen Niveau. Für das Jahr 2000 wird ein Wachstum von 2 % prognostiziert. Mit einer Beschleunigung ist erst im Jahr 2001 (+3 %) zu rechnen.

In **Slowenien** stützte sich das BIP-Wachstum im ersten Quartal des Jahres 2000 auf die ausländische Nachfrage (verbessertes Wachstum in der EU, wiederhergestellte Handelsbeziehungen mit den Ländern aus dem ehemaligen Jugoslawien, schwacher slowenischer Tolar). Das starke Wachstum der Exporte spiegelte sich im Wachstum der Industrieproduktion (7.2 %) wider. Obwohl die realen Exporte (12.8 %) schneller als die Importe (9.8 %) wuchsen, wurde wegen der Verschlechterung der Terms-of-Trade eine Ausweitung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits (–2.7 %) registriert. Als Resultat des hohen Erdölpreises stieg die Inflation auf 9.2 %. Für das Jahr 2000 erwartet die slowenische Regierung ein BIP-Wachstum von 4 %.

Rumänien registrierte im ersten Quartal des Jahres 2000 mit 0.9 % ein positives BIP-Wachstum und damit ein Trendumkehr. Dieses ist vor allem auf einen Zuwachs der Dienstleistungen (+1.2 %), der Industrieproduktion (+0.5 %) und der Landwirtschaft (+0.2 %) zurückzuführen. Auf der Verwendungsseite ist für den Zuwachs des BIP die ausländische Nachfrage verantwortlich. Eine starke Belebung der Exporte (+25.4 % real) und ein niedrigeres Wachstum der Importe (+8.6 %) haben eine Schrumpfung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits bedingt. Die Inflationsrate ist im ersten Quartal 2000 im Jahresvergleich leicht zurückgegangen.

Das jüngste Übereinkommen mit dem IMF (April 2000) wird zu eine Wiederaufnahme der offiziellen Kreditgewährung an Rumänien führen und dürfte die internationale Kreditwürdigkeit des Landes stärken. Für das Jahr 2000 erwartet die rumänische Regierung ein Wachstum von 1½ %. Die rumänische Industrie dürfte 2000 neben der hohen Exportnachfrage von der Belebung des privaten Konsums und der Anlageinvestitionen profitieren.

In **Bulgarien** setzte sich das Wachstum im ersten Quartal des Jahres 2000 mit einem Anstieg des Industrieumsatzes auf 7 % im Vergleich zum ersten Quartal des Jahres 1999 fort. Diese Entwicklung

wurde von der Belebung der Exporte getragen, die zu einer Reduzierung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits beigetragen hat. Die Inlandsnachfrage ging dagegen um 4 % zurück.

Im April 2000 stieg die Arbeitslosenrate infolge der Schließung unrentabler Großunternehmen auf 19 % (5.7 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr), die jährliche Inflationsrate belief sich auf 9.3 %. Für das Jahr 2000 rechnet die bulgarische Regierung mit einer Beschleunigung des Wachstums auf 3 %. Hauptmotor dürfte die sich infolge steigender Exporte und der Vollendung des Restrukturierungsprogramms der Regierung belebende Industrieproduktion sein.

Die Erholung der **russischen** Wirtschaft setzte sich im ersten Quartal des Jahres 2000 mit einem BIP- und Industriewachstum von 6.8 % bzw. 11.9 % fort. Für diese Entwicklung sind die steigenden Exporte (+43 % im Zeitraum Jänner-April 2000) verantwortlich, die von den höheren Ölpreisen und dem schwächeren Rubel profitierten und zu einem beträchtlichen Handels- und Leistungsbilanzüberschuss beitrugen. Gleichzeitig registrierten im selben Zeitraum die Investitionen (+13 %) und infolge der steigenden realen Einkommen (+25 %) der private Konsum (+8 %) eine Belebung. Die jährliche Inflation ist am Ende des ersten Quartals 2000 auf 22.5 % gesunken, während die Arbeitslosenquote auf 12.3 % gestiegen ist. Das Bundesbudget registrierte ein Überschuss von 2.4 % des BIP, was auf die Anhebung der VAT und der Zölle zurückzuführen ist. Für heuer erwarten die internationalen Prognosen ein Wachstum von 4 %.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1997	1998	1999	2000	2001
Welthandel. real (NIESR, April 2000)	9.7	5.3	5.6	9.0	8.8
Welthandel. real (OECD, Juni 2000)	9.8	5.4	5.7	10.4	8.3
Welthandel. real (IMF, April 2000)	9.7	4.2	4.6	7.9	7.2
BIP, real					
Bundesrepublik Deutschland	1.6	1.9	1.4	3½	3
Italien	1.8	1.5	1.4	2½	2
Frankreich	1.9	3.3	2.9	3¾	3
Vereinigtes Königreich	3.5	2.2	2.1	3½	3
Schweiz	1.7	2.1	1.5	2¾	2½
Polen	6.8	4.8	4.1	4¾	4½
Slowakei	6.5	4.4	1.9	2	3
Tschechien	1.0	-2.3	-0.2	1½	2½
Ungarn	4.6	4.9	4.5	5¼	5
Slowenien	3.8	3.9	4.9	4.0	4¼
Bulgarien	-6.9	3.5	2.4	3½	3
Rumänien	-6.6	-5.4	-3.2	1¼	3
Russland	0.8	-4.6	3.2	3¾	3
USA	4.2	4.3	4.2	4¼	3½
Japan	1.6	-2.5	0.3	1½	1¾
EU	2.7	2.8	2.2	3½	3
OECD - Insgesamt	3.1	2.3	2.7	3½	3
Österreichische Exportmärkte	9.5	9.1	5.0	9	7
ATS/USD Wechselkurs*)	12.2	12.4	12.9	14.2	13.9
Rohölpreise*)**)	19.5	14.5	17.3	27	27
Nomineller effektiver Wechselkursindex	-2.3	0.6	-0.6	-1.0	1.0
Realer effektiver Wechselkursindex	-3.3	-0.1	-2.9	-1.9	0.0

Quelle: IMF, OECD, Europäische Kommission, WIIW, Deutsche Bank, nationale Statistiken, eigene Berechnungen, NIESR.

*) absolute Werte
**) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Im Jahre 1999 verringerte sich die Dynamik des österreichischen Außenhandels (Güter laut Außenhandelsstatistik). Österreich lieferte im Jahre 1999 Waren im Werte von 829 Mrd. ATS ins Ausland und bezog Waren im Werte von 899 Mrd. ATS. Wie bereits in der April-Prognose angedeutet, zieht die österreichische Exporttätigkeit im Jahr 2000 an. Die außergewöhnlich starke ausländische Nachfrage bedingt eine noch günstigere Einschätzung der österreichischen Exportmärkte als zuletzt. Folglich kann die Prognose der realen Exporte i.w.S. laut VGR kräftig angehoben werden.

Die anhaltende Wirtschaftsdynamik in Asien, Lateinamerika und Russland stimuliert weiterhin den europäischen Wirtschaftsraum, was sich in stark steigenden Exportraten widerspiegelt. Obwohl der EURO in der Mitte des Jahres gegenüber dem USD an Wert gewinnt, dürfte der positive Wechselkurseffekt noch bis zum Ende des Jahres bestehen bleiben. Neben den anhaltend guten internationalen Rahmenbedingungen trägt auch die Entwicklung der Lohnstückkosten in Österreich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bei. In Österreich trat die starke Aufwärtsentwicklung im Außenhandel erst im vierten Quartal des vergangenen Jahres ein. Die Exporte legten im Jahresabstand um 10 % zu, verglichen mit etwa 3 % in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres. Im ersten Quartal stiegen die Warenexporte laut Außenhandelsstatistik um 13.4 %.

Die **realen Exporte i.w.S. laut VGR** wuchsen im Jahre 1999 um 3.4%. Im Jahr 2000 wird sich das Wachstum dieses Aggregates deutlich auf 9.4 % beschleunigen. Besonders stark steigen im laufenden Jahr die **realen Warenexporte** mit 13.5 %, die sonstigen Dienstleistungsexporte wachsen real um 2.9 %.

Deutschland ist der bedeutendste Exportmarkt für Österreich. Durch die auflebende Konjunktur der deutschen Wirtschaft werden die österreichischen Warenexporte nach Deutschland im laufenden Jahr bedeutend stärker steigen als im vergangenen Jahr. Mit einer starken Nachfragesteigerung nach österreichischen Produkten wird im Jahre 2000 aus Frankreich, aus dem Vereinigten Königreich und aus der Schweiz gerechnet. Die gute konjunkturelle Entwicklung in den USA wirkt sich weiterhin positiv auf die österreichischen Exporte nach Übersee aus.

Das Wachstum der **realen Reiseverkehrsexporte** betrug 1.9 % im Jahre 1999, für das Jahr 2000 wird mit einer Zunahme von 2.0 % gerechnet. Laut Umfragen dürfte die derzeitige politische Situation keine großen Auswirkungen auf den ausländischen Reiseverkehr nach Österreich haben. Der schwache EURO und steigende Treibstoffpreise dürften Fernreisen im laufenden Jahr verteuern und Österreich als Reiseziel wieder attraktiver machen. Positivere Ergebnisse im Reiseverkehr dürfte auch die verbesserte Wirtschaftslage in den Nachbarländern bringen.

Im Einklang mit der positiven Wirtschaftsentwicklung beschleunigt sich im heurigen Jahr das Wachstum der **realen Importe i.w.S. laut VGR** von 1.9 % auf 7.6 %. Im Jahr 2001 sollten die realen Importe i.w.S. um weitere 5.4% wachsen.

Die realen Warenimporte wuchsen im Jahre 1999 um 4.3%. Im laufenden und nächsten Jahr wird ein Anstieg von 9.0% und 6.8% erwartet. Die Zunahme der Wachstumsraten stützt sich auf eine belebtere Konsumnachfrage und Investitionsdynamik. Wie bei den Warenexporten ist auch bei den Importen Deutschland der wichtigste Handelpartner Österreichs. Hohe Wachstumsraten werden bei den österreichischen Warenimporten aus Ungarn, Tschechien und Polen verzeichnet.

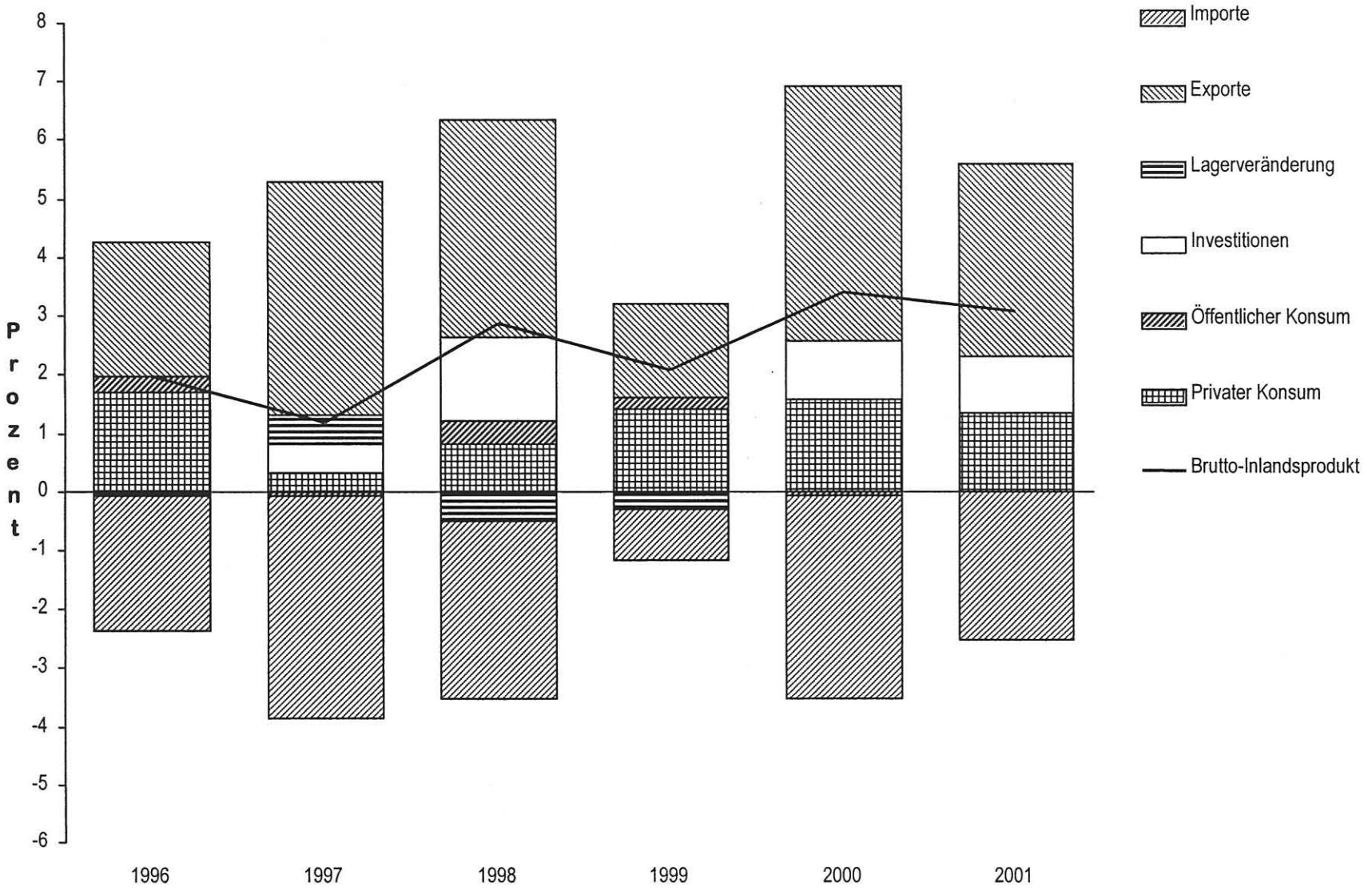
Nach Einbrüchen in den Jahren 1998 (-7.1 %) und 1999 (-2.3 %) dürften die **realen Reiseverkehrsimporte** im laufenden Jahr um 0.5 % ansteigen und im Jahr 2001 mit 1.0 % etwas stärker wachsen. Da die Reiseverkehrsimporte unter dem Niveau der Reiseverkehrsexporte liegen, dürfte der Überschuss der realen Reiseverkehrsbilanz im laufenden Jahr 26 Mrd. ATS betragen und sich im nächsten Jahr um 2 Mrd. ATS erhöhen.

Die **Warenexportpreise** wuchsen 1999 um 0.5%. Im Prognosezeitraum wird eine Steigerungsrate von jeweils 1.2 % erwartet. Die hohen Rohölpreise und der schwache EURO tragen am Anfang des laufenden Jahres bedeutend zur Erhöhung der **Importpreise** bei. Von 1.6 % im Jahre 1999 dürften sie im laufenden Jahr um 2.4% wachsen. Es ist daher mit einer Verschlechterung der Terms-of-Trade im Warenhandel zu rechnen.

Die **Preise für die Reiseverkehrsexporte** sind 1999 um nur 0.7 % gestiegen, sie werden jedoch im laufenden und kommenden Jahr etwas stärker wachsen und zwar um 1.5 % und 1.3 %. Bei den Reiseverkehrsimporten gab es 1999 Preissteigerungen um 2.6 %. Im Jahr 2000 dürfte die Teuerung auf 2 % zurückgehen und im Jahr 2000 wiederum auf 1.7 % fallen.

Im Jahre 1999 vergrößerte sich das Leistungsbilanzdefizit zu laufenden Preisen um 14 Mrd. ATS auf 75 Mrd. ATS. Diese Verschlechterung der Leistungsbilanz ist vollständig auf die Passivierung des Saldos der sonstigen Positionen um 15 Mrd. ATS zurückzuführen. Im Jahr 2000 dürfte das Leistungsbilanzdefizit um 13.5 Mrd. ATS auf 61 Mrd. schrumpfen. Der Saldo aus Güteraus- und -einfuhren verbessert sich um 15 Mrd. ATS. Aufgrund der weiterhin positiven Dynamik im Güterhandel ist für 2001 eine weitere Verbesserung um 9 Mrd. ATS zu erwarten. Das Leistungsbilanzdefizit in Prozent des BIP reduziert sich im Prognosezeitraum von 2.8 % (1999) auf 1.8 % (2001).

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Institute for Advanced Studies, Vienna

Inlandskonjunktur

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Durch die Umstellung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegt noch keine Aufteilung in einzelne Sektorkonten wie Staat und private Haushalte vor. Weiterhin fehlen Informationen über das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, die Sparquote der Haushalte und die Konsumausgaben für Verbrauchskategorien wie dauerhafte Güter oder Dienstleistungen. Da diese Größen wichtige Bestimmungsfaktoren der Entwicklung des Konsums der privaten Haushalte darstellen, sind die Prognosen derzeit mit großer Unsicherheit behaftet und auf die Analyse laufender Tendenzen angewiesen.

Für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte bewirken die Erhöhung der Familienleistungen und die Lohnsteuerreform im heurigen Jahr eine kräftige Ausweitung. Für das kommende Jahr sind ausgabenseitige Kürzungen zur Sanierung des öffentlichen Budgets vorgesehen, die den Anstieg des verfügbaren Einkommens eher dämpfen werden. Ebenso ist zu vermuten, dass die Sparquote aufgrund des starken Wachstums des **privaten Konsums** im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr zurückging. Diese Tendenz sollte sich heuer umkehren, da im Zuge von Steuerreformen meistens ein Anstieg der Sparquote zu beobachten ist. Im kommenden Jahr ist wieder mit einem leichten Rückgang des Anstiegs der Spartätigkeit zu rechnen.

Im zweiten Halbjahr 1999 hat sich das Wachstum des privaten Konsums stark beschleunigt und auch das erste Quartal des heurigen Jahres erreichte eine reale Wachstumsrate von 3.1 % (im Vergleich zum Vorjahresquartal). Wie erwartet scheint sich aufgrund der nachfragebelebenden Auswirkungen der Steuerreform und der guten Beschäftigungssituation eine positive Konsumentenstimmung aufgebaut zu haben, die im weiteren Jahresverlauf andauern wird. Das reale Wachstum des privaten Konsums wird sich heuer gegenüber dem Vorjahr noch leicht auf 2.9 % beschleunigen. Im kommenden Jahr sollten sich höhere Lohnzuwächse und die anhaltend gute Beschäftigungssituation weiter positiv auf das Konsumentenverhalten auswirken. Allerdings führen ausgabenseitige Kürzungen im Zuge der Budgetsanierung zu einem leichten Rückgang des weiterhin stabilen Wachstums von 2.5 %.

Aus den Informationen über die Handelsumsätze ergibt sich eine lebhafte Entwicklung des Einzelhandels in den ersten drei Monaten 2000, die gut mit dem Bild der steigenden Konsumnachfrage übereinstimmt. Der Handel mit Kraftfahrzeugen hat im ersten Quartal dagegen stagniert.

Der in der VGR nicht zum privaten Konsum zählende **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wird in der Prognoserechnung heuer wie im nächsten Jahr mit Wachstumsraten von jeweils real 1.5 % fortgeschrieben. Dieses kleine und schwer einschätzbare Nachfrageaggregat wächst damit schwächer als die Konsumausgaben der Privaten.

Seit der Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf das ESVG95 weist die Institutsprognose die **realen Bruttoinvestitionen insgesamt** nach 2 Kategorien getrennt aus, zum einen die **realen Ausrüstungsinvestitionen** und zum anderen die **realen Bauinvestitionen**.

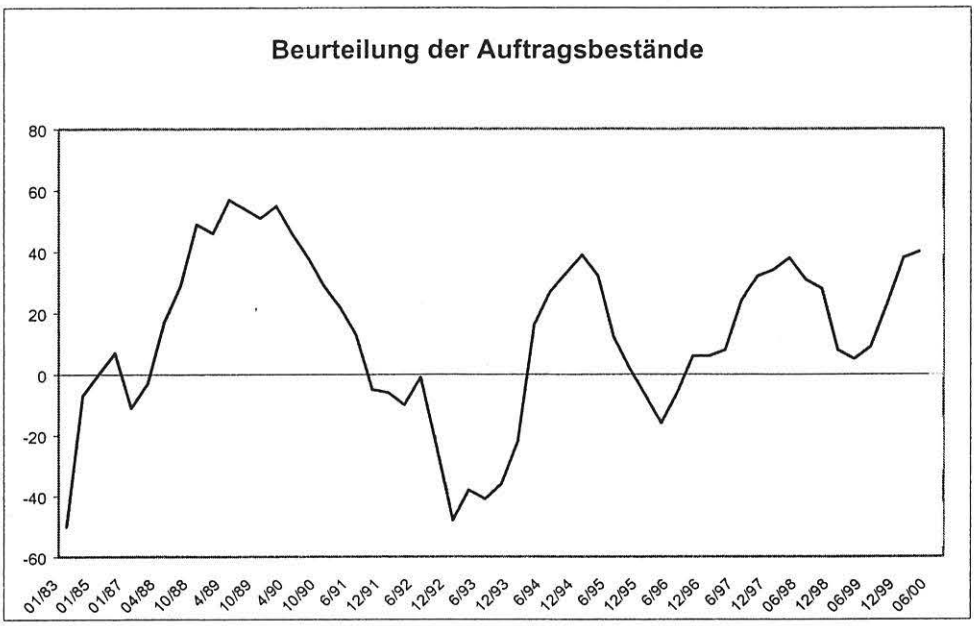
Die realen Bauinvestitionen setzen sich zusammen aus den Bauinvestitionen in Wohnbauten und in Nichtwohnbauten. Die realen Ausrüstungsinvestitionen wie sie in der Institutsprognose ausgewiesen werden, setzen sich zusammen aus den Investitionen in Nutztiere und -pflanzungen, Fahrzeuge, Maschinen und Geräte und den Investitionen in immaterielle Anlagegüter zuzüglich der Vorratsveränderungen und der Nettozugänge an Wertsachen.[1]

Das Volumen der realen Bruttoanlageinvestitionen blieb 1999 praktisch unverändert am Vorjahresniveau. Nach Vorliegen der 1999 realisierten Werte für **reale Ausrüstungsinvestitionen** zeigt sich ein Rückgang um 1.4 % gegenüber dem Vorjahr, der im Wesentlichen auf die negativen Vorratsveränderungen zurückzuführen ist. Die anderen Komponenten der realen Ausrüstungsinvestitionen weisen positive Wachstumsraten auf. Im Bereich immaterieller Anlagen, dem nunmehr auch Softwarekäufe von Unternehmen zugerechnet werden, wurden für 1999 positive Impulse in Zusammenhang mit dem Jahr-2000-Problem erwartet, die sich jedoch offenbar nicht im erwarteten Ausmaß realisiert haben.

Für das laufende Jahr errechnet die Institutsprognose ein Wachstum der realen Ausrüstungsinvestitionen um 8.0 %, und für 2001 um 7.5 %. Dieser Anstieg dürfte vom Wachstum der Exporte unterstützt werden. Auch das Preisniveau der Ausrüstungsinvestitionen wird heuer und im nächsten Jahr geringfügig steigen, sodass in diesem Bereich 2001 erstmals wieder das Preisniveau von 1995 überschritten wird.

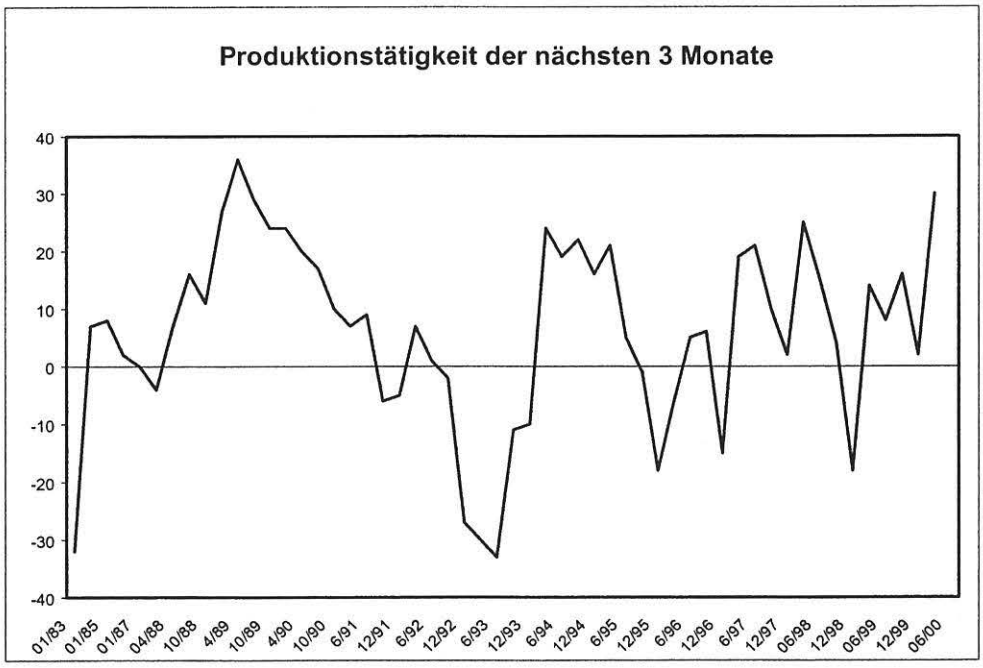
Die Ergebnisse der letzten verfügbaren Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung, die in den beiden folgenden Graphiken auszugsweise wiedergegeben sind, deuten auf ein weiterhin positives Investitionsklima hin. Die Beurteilung der Auftragsbestände verbesserte sich gegenüber der letzten Befragung geringfügig. Allerdings liegt diese Befragung bereits fast drei Monate zurück.

[1] Die beiden letztgenannten Kategorien stellen den Unterschied zwischen den (realen) Bruttoanlageinvestitionen und den (realen) Bruttoinvestitionen insgesamt dar. Die (realen) Ausrüstungsinvestitionen ohne Vorratsveränderungen und Nettozugänge an Wertsachen werden in Hinkunft als (reale) Ausrüstungsinvestitionen im engeren Sinn bezeichnet, sie unterscheiden sich von den (realen) Anlageinvestitionen gemäß ESVG 1979 um die (realen) Investitionen in immaterielle Anlagen.



Quelle: Industriellenvereinigung

Die Einschätzung der Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate zeigt eine ausgeprägte Verbesserung gegenüber den Befragungen in den Vorquartalen und erreicht bereits einen ähnlichen Wert wie bei den Spitzen der Jahre 1995 und 1998.



Quelle: Industriellenvereinigung

1999 verzeichneten die **realen Bauinvestitionen** ein Wachstum von 1.0 %. Die rückläufige Tendenz im Wohnbau konnte 1999 offenbar durch den Anstieg in der Nichtwohnbau-Tätigkeit überkompensiert werden. Für das laufende Jahr errechnet die Institutsprognose ein Wachstum von 1.3 % und für 2001 von 1.1 %. Mit dem Auslaufen der Möglichkeit der steuerfreien Auflösung der Mietzinsreserve ist davon auszugehen, dass der Boom im Sanierungs- und Modernisierungsbau seinen Höhepunkt überschritten hat. Auch bei der Nachfrage im Wohnungsneubau ist eine Fortsetzung der rückläufigen Tendenz zu erwarten. Leicht positiv stellt sich die Entwicklung im Wirtschafts- und Büroneubau dar. Im Bereich der öffentlichen Bauinvestitionen wirkt der weiterhin gegebene Konsolidierungsdruck der öffentlichen Haushalte dämpfend. Speziell für das Jahr 2000 bewirkt die Kürzung der Ermessensausgaben ein gedämpftes Wachstum dieses Aggregates. Mittelfristig sollten sich anstehende öffentliche Großinvestitionen, hier sind z. B. der Ausbau der Schieneninfrastruktur und des Hochleistungsstraßennetzes zu nennen, jedoch positiv auf die Baukonjunktur auswirken. Allerdings bleibt abzuwarten, in welchem Ausmaß die anhaltenden Bemühungen zur Budgetkonsolidierung in diesem Bereich wirken werden. Im Vergleich zur Entwicklung in Westeuropa bleibt das Wachstum der realen Bauinvestitionen in Österreich zurück; für dort wird ein Wachstumspotential der realen Bauinvestitionen von ca. 2 bis 2.5 % als realistisch angesehen.

In Summe ergeben sich aus Obigem die Wachstumsraten der **realen Bruttoinvestitionen insgesamt** mit 4.2 % heuer und 4.0 % im Jahr 2001.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist im Prognosezeitraum durch die von der neuen Bundesregierung eingeleiteten Konsolidierungsbemühungen bestimmt. Im Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sind für das laufende und das kommende Jahr Nettodefizitquoten des Gesamtstaates von 1.7 beziehungsweise 1.5 % vorgesehen. Bis zum Ende der Legislaturperiode wird eine weitere Absenkung auf 1.3 % angepeilt. Längerfristig wird ein ausgeglichener Haushalt angestrebt.

Das mittelfristig in Aussicht genommene Ziel von etwa 1.3 % kann nicht als sonderlich ehrgeizig bezeichnet werden. Will man automatische Stabilisatoren bei Konjunktureinbrüchen wirken lassen, ohne dass die Nettodefizitquote den durch den Maastricht-Vertrag vorgegebenen Referenzwert von 3 % überschreitet, sollte das Defizit bei konjunkturellen Normallagen nur 1 bis 1 ½ % des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Auch im westeuropäischen Kontext nimmt sich die Zielsetzung der Bundesregierung eher bescheiden aus: In der EURO-Zone ist die Defizitquote 1999 auf 1.2 % gefallen, für die Europäische Union betrug sie sogar nur 0.7 %. Sieben Mitgliedstaaten (Dänemark, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Finnland, Schweden und Großbritannien) verzeichneten im Jahr 1999 Budgetüberschüsse; Österreich wies 1999, gemeinsam mit Portugal, mit etwa 2 % überhaupt die höchste Defizitquote innerhalb der Europäischen Union auf.

Bescheiden genug, werden die vorgegeben Zielsetzungen laut Stabilitätsprogramm dennoch nur bei hinreichender Ausgabendisziplin sämtlicher Gebietskörperschaften zu realisieren sein; insbesondere liegt die Annahme zugrunde, dass Länder und Gemeinden zusammen einen Überschuss von 0.5 % des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und die Krankenkassen kein nennenswertes Defizit haben. Dementsprechend wird die Ausgabendynamik der öffentlichen Haushalte wohl weiterhin verhalten bleiben müssen. Der reale öffentliche Konsum wird, nachdem er im Vorjahr noch um 1 % zugelegt hat, heuer um fast einen halben Prozentpunkt zurückgehen und im Jahr 2001 in etwa stagnieren.

Gestützt werden indessen die Konsolidierungsbemühungen von der sich günstiger als erwartet entwickelnden Konjunktur. Der dadurch gegebene Spielraum sollte nun für die notwendigen Strukturreformen genutzt werden.

Mittelfristig freilich wird die Budgetpolitik um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen. Kern muss eine Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sein mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten.

Die Diskussion einer Organisations- und Finanzierungsreform des öffentlichen Sektors in Österreich wird auch nicht haltmachen können vor der gegenwärtig nicht voll befriedigenden Regelung der Beziehung der Gebietskörperschaften untereinander. Hier ist die anstehende Neuverhandlung des Finanzausgleichs angesprochen. Einer weitgehend dezentralen Aufgaben- und Ausgabenverantwortung steht in der gegenwärtigen österreichischen Finanzverfassung eine sehr zentralistische Einnahmenstruktur gegenüber; die politische Verantwortung für die Steuerpolitik einerseits und für die Ausgabenentscheidungen andererseits fällt auseinander. Damit ist insbesondere die Situation der Bundesländer angesprochen. Dies ist keine gute Voraussetzung für einen effizienten und sparsamen Mitteleinsatz. Die Effizienz der Rahmenbedingungen wird weiter verringert durch direkte Kostenübernahmen des Bundes, etwa insbesondere die fast vollständige Übernahme der Besoldungskosten für die Landeslehrer und Zweckbindungen, wie etwa die Bundeszuschüsse für die Wohnbauförderung. Künftige Neuregelungen des Finanzausgleichs sollten sich daher an der Überlegung orientieren, die Länder stärker mit einer eigenen Steuerbasis auszustatten und Kostenübernahmen und Zweckbindungen abzubauen. Ziel einer derartigen Reform wäre, die fiskalische Verantwortung aller öffentlichen Haushalte für die von ihnen erbrachten Leistungen klarzustellen.

Schließlich sind diverse Ausgabenprogramme auch aus sozialpolitischer Hinsicht zu hinterfragen. So etwa kann das gegenwärtige System der Wohnbauförderung den an dieses System zu stellenden verteilungspolitischen Anforderungen nicht gerecht werden. Eine Reform, welche anstelle der gegenwärtigen Objektförderung eine Subjektförderung treten läßt, könnte dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit stärker gerecht werden und obendrein in nicht unerheblichem Umfang Mittel freisetzen, die auch zu einer Senkung der Lohnnebenkosten herangezogen werden könnten.

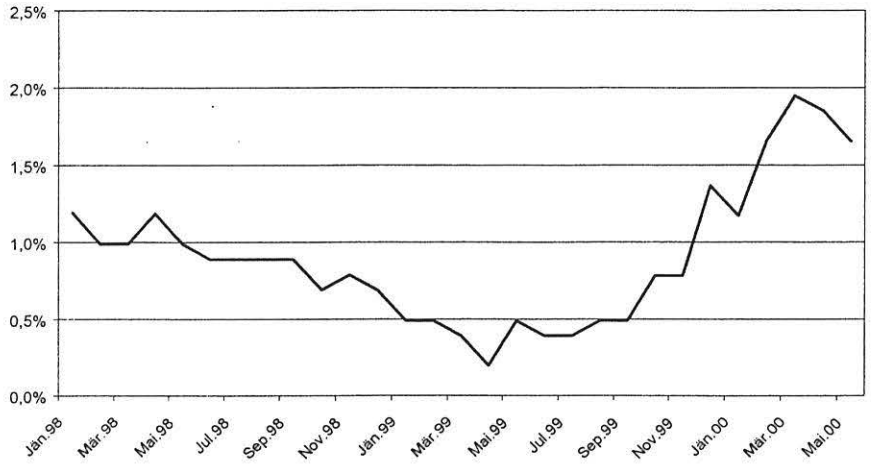
Entscheidender Weichenstellungen bedarf es im Bereich der Pensionsversicherung. Vorderhand haben die beiden von der Bundesregierung eingesetzten Pensionsreformkommissionen ihre erste

Aufgabe erfüllt, kurzfristig Maßnahmen zu erarbeiten, welche das von der Bundesregierung ad hoc vorgegebene Ziel realisieren, bis zum Jahr 2003 15 Mrd. ATS einzusparen. Längerfristig freilich müssten die bereits in Aussicht genommenen tiefergehenden Strukturreformen in Angriff genommen werden, die auf eine Stärkung des Versicherungsprinzips hinauslaufen, beziehungsweise darauf, die davon abweichenden, „versicherungsfremden" Leistungen — wo immer Gerechtigkeits- und Umverteilungsüberlegungen solche erforderlich erscheinen lassen — im Wege einer Sonderfinanzierung zu erbringen.

Im Vorjahr sind die Arbeitnehmerentgelte laut VGR je Aktiv-Beschäftigten um 2.7 % gewachsen. Seit Jahresbeginn liegt der Tariflohnindex um 2 % über dem Vorjahresniveau, damit hat sich der Lohnauftrieb um einen ½ Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt. Aufgrund der guten Arbeitsmarktlage rechnet die **Lohnprognose** für heuer mit einem Anstieg der Effektivverdienste je Aktiv-Beschäftigten von 2.2 %. Implizit erhöhen sich die Reallöhne damit um 0.4 %. Aufgrund der ausgezeichneten Konjunktursituation und der Inflationserwartungen wird sich das Lohnwachstum nächstes Jahr beschleunigen. Das IHS geht davon aus, dass sich die Abschlüsse der Herbstlohnrunde im stabilitätskonformen Rahmen bewegen und erwartet daher ein nominelles Lohnwachstum von rund 3 %. In realer Rechnung beschleunigt sich das Lohnwachstum auf 1 ¼ %.

Im Jahresmittel 1999 hat der Anstieg der **Verbraucherpreise** mit 0.6 % einen historischen Tiefstand erreicht. Seit Februar dieses Jahres liegen die Verbraucherpreissteigerungen aber über der 1.5-Prozentmarke. Primär erklärt sich die Erhöhung der Inflationsrate durch den Preisanstieg bei Treibstoffen und flüssigen Brennstoffen. Während die Inflationsrate in den Monaten März und April bei 1.9 % lag, hat sich der Preisauftrieb im Mai wieder etwas abgeschwächt. In den kommenden Monaten werden sich die Erhöhungen bei den öffentlichen Gebühren und Tarifen preisbeschleunigend auswirken. Da die Abschwächung beim Preisauftrieb der Energiepreise schwächer als noch bei der letzten Prognose eingeschätzt ausfallen dürfte, wird die Inflationsprognose geringfügig auf 1.8 % angehoben. Von der Entwicklung der Rohstoffpreise und der Wechselkurse sollte im kommenden Jahr kein signifikanter Preisdruck ausgehen. Aufgrund der guten Konjunkturlage ist für das Jahr 2001 mit einer ähnlichen Preisentwicklung zu rechnen. Längerfristig gesehen verbleibt die Inflation auf einem niedrigen Durchschnittsniveau.

Inflationsrate



Quelle: Statistik Österreich

Am österreichischen Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin ein sehr erfreuliches Bild. In den ersten fünf Monaten hat die Zahl der **unselbständig Beschäftigten** (bereinigt um KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdiener) um 40.300 Personen bzw. 1.4 % zugenommen. Der positive Trend des Vorjahres hat sich damit unverändert fortgesetzt. Getragen wird der Beschäftigtenaufschwung weiterhin vom Dienstleistungssektor und kommt verstärkt den Frauen zugute. Der Dienstleistungssektor kompensiert die geringfügigen Beschäftigungsverluste am Bau und im primären Sektor. In der Sachgüterproduktion war im Mai erstmals kein Beschäftigungsrückgang mehr zu verzeichnen.

Beschäftigungsentwicklung 1999/2000

	Veränderung 2000/1999	
	(Durchschnitt Jänner – Mai)	Relativ
Beschäftigte	+35.102	1.1 %
Männer	+9.940	0.6 %
Frauen	+25.162	1.9 %
Aktiv-Beschäftigte	+40.312	1.4 %
Primärer Sektor	-1.153	-1.7 %
Sachgüterproduktion	-3.062	-0.5 %
Bau	-2.018	-0.8 %
Dienstleistungssektor	+46.545	2.3 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Die positive Entwicklung wird sich auch im Jahresverlauf fortsetzen. Die Zahl der Aktiv-Beschäftigten wird im Jahresdurchschnitt 2000 um rund 40.000 bzw. 1.3 % über dem Vergleichsniveau des Vorjahres liegen. Für das nächste Jahr ist mit einem weiteren Anstieg um rund einen Prozentpunkt zu rechnen.

Im Vorjahr ging erstmals seit 1994 die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** zurück. Die Arbeitslosenrate laut nationaler Definition konnte von 7.2 % auf 6.7 % zurückgeführt werden. Neben der guten Konjunktur war für diese Entwicklung die Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik verantwortlich. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres waren rund 30.000 Personen bzw. 11.7 % weniger als arbeitslos vorgemerkt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diese positive Tendenz sollte sich im Verlauf des Jahres nur geringfügig abschwächen, sodass im Jahresdurchschnitt 2000 die Arbeitslosenzahl um 20.000 bzw. 9.1 % sinken wird. Daraus resultiert eine Arbeitslosenrate (nationale Definition) von 6.0 %. Bekanntermaßen reagiert in Österreich das Arbeitskräfteangebot relativ deutlich auf die Konjunktur. Aus diesem Grund wird sich die weiterhin sehr gute Beschäftigungslage im Jahr 2001 nur teilweise in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlagen. Die Arbeitslosenrate wird auf 5.8 % zurückgehen.

Aufgrund von Datenrevisionen wurde die Arbeitslosenrate nach EUROSTAT-Berechnungsmethode für das Jahr 1999 auf 3.7 % nach unten revidiert. Aufgrund der statistischen Schwankungsbreite des Mikrozensus zeichnet diese Rate möglicherweise ein etwas zu optimistisches Bild des österreichischen Arbeitsmarktes. Im Prognosezeitraum könnte die Arbeitslosenrate bis 2001 auf 3.2 % absinken.

Im Zeitraum 1999 bis 2001 entstehen in Österreich rund 110.000 zusätzliche Arbeitsplätze, und die Arbeitslosenquote laut EUROSTAT dürfte unter der 3.5-Prozentmarke zu liegen kommen. Der Zustrom in die Langzeitarbeitslosigkeit ist im Vorjahr deutlich zurückgegangen, wobei jedoch eine stärkere Fokussierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf Beschäftigungsaufnahmen im regulären Arbeitsmarkt angebracht erscheint. Österreich wird bereits 2001 die Ziele des Nationalen Aktionsplans erfüllen. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass die Konjunktur dazu einen wesentlichen Beitrag leistet. Dennoch bestehen weiterhin wichtige Aufgabenbereiche für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Die notwendige Erhöhung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters erfordert Anstrengungen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit von älteren Arbeitnehmern. Notwendig für eine Erhöhung der Beschäftigungsquote erscheinen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die auf eine verstärkte Integration der weiblichen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt abzielen. Der Strukturwandel und die zunehmenden Qualifikationsanforderungen des modernen Arbeitsmarktes lassen die Entwicklung von Strategien zur Förderung des lebenslangen Lernens angeraten erscheinen.

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Institute for Advanced Studies, Vienna

Monetäre Prognose

5. Monetäre Prognose

Auf den internationalen Kapitalmärkten stand während des zweiten Quartals 2000 das Wechselkursgeschehen im Zentrum der Aufmerksamkeit. Anfang des Monats Mai fiel der EURO auf 0.89 USD/EUR und damit auf den tiefsten Stand seit seiner Einführung mit Jahresbeginn 1999. Dies entspricht einem Kursverfall von 24.4 % binnen 17 Monaten. Bedingt durch die kräftige Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Europa bei leichten konjunkturellen Ermüdungserscheinungen in den Vereinigten Staaten hat sich der EURO seitdem wieder um 5.5 % befestigen können.

Aufschlussreich für die weitere Entwicklung der EURO/USD-Parität ist die durch das fundamentale IHS/RZB-Wechselkursmodell ermöglichte Zerlegung der Wechselkursdynamik in ihre Komponenten. Es zeigt sich, dass gegenwärtig weder die unterschiedliche Geldmengenentwicklung noch die fortbestehenden Zinsdifferentiale zwischen dem EURO-Raum und den USA die treibenden Kräfte der Wechselkursentwicklung darstellen. Hauptursächlich ist vielmehr nach wie vor das reale Wachstumsdifferential. Diese Analyse hat starke Implikationen für die europäische Wirtschaftspolitik – wenn sie zutrifft, vermag die EZB mittels geldpolitischer Maßnahmen den EURO/USD-Wechselkurs gegenwärtig kaum (direkt) zu beeinflussen, eine Einschätzung, die mit den Beobachtungen der letzten Monate konform geht. Eine nachhaltige Erholung des Wechselkurses ist vielmehr erst dann zu erwarten, wenn sich das Wachstumsdifferential zwischen den Vereinigten Staaten und dem EURO-Raum verringert. So gesehen meint Wechselkurspolitik zur Zeit eher Strukturpolitik denn Geldpolitik.

Der bisherigen, prognosekonformen Wechselkursdynamik entsprechend kann an den früheren Prognosewerten festgehalten werden. Für die zweite Jahreshälfte impliziert dies die Erwartung eines in seinem äußeren Wert etwas gestärkten EURO.

Im Kontext der monetären Prognose für Österreich ist auch die Entwicklung der Parität zum Schweizer Franken von Interesse, und zwar aufgrund ihrer erheblichen Bedeutung für die Fremdwährungsfinanzierung. Da die CHF/EUR-Parität – ganz im Gegensatz zur USD/EUR- oder GBP/EUR-Parität – während des gesamten Jahres 1999 stabil in einem engen Korridor von 1.59-1.61 CHF/EUR lag, ließen sich ansehnliche Ersparnisse bei den Finanzierungskosten erzielen. Mit der kräftigen Aufwertung des Schweizer Franken seit März 2000 (siehe Abbildung 5.1) sowie der Verdreieinhalbfachung der kurzfristigen Franken-Zinsen seit dem Herbst letzten Jahres hat sich die Vorteilhaftigkeit einer zuvor eingegangenen Finanzierung im Schweizer Franken jedoch in ihr Gegenteil verkehrt. Da bei einzelnen, insbesondere regional fokussierten Finanzinstituten ein nicht unerheblicher Teil des ausstehenden Kreditvolumens in Schweizer Franken denominiert ist, könnte bei weiterhin adverser Kurs- und/oder Zinsentwicklung mithin eine spezifische Form des Klumpenrisikos schlagend werden. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist rasch eine mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete, in einer einzigen Institution angesiedelte Bankenaufsicht zu etablieren.

Abbildung 5.1

Sowohl das US Federal Reserve Board (Fed) als auch die Europäische Zentralbank (EZB) haben in Umsetzung ihrer vorrangigen Strategien, die sich auf die Sicherung der Preisstabilität in den jeweiligen Währungsräumen beziehen, während des zweiten Quartals die Leitzinsen weiter angehoben. Allerdings verfolgte die Europäische Zentralbank einen restriktiveren Kurs, indem sie die Leitzinssätze in zwei Schritten um insgesamt 75 Basispunkte erhöhte. Im Unterschied dazu nahm die Fed - auf vergleichsweise wesentlich höherem Niveau - nur einen Zinsschritt um 50 Basispunkte vor.

Nach dem erneuten Anstieg des Rohölpreises im zweiten Quartal sowie nach Maßgabe der Rohölterminpreise ist für das heurige Jahr nicht mehr mit einem signifikanten Rückgang der Inflationsrate aus statistischen Gründen zu rechnen. Zudem geht von den anhaltend hohen Geldmengenwachstumsraten im EURO-Raum nach wie vor ein Risiko für die Preisstabilität aus. Vor diesem Hintergrund lässt das Zinsstrukturmodell für den EURO-Raum bis zum Jahresende zwei weitere Zinsschritte im Ausmaß von je 25 Basispunkten erwarten.

Auf den Anleihemärkten bewirkten die Interventionen der Fed und der EZB während der letzten Monate eine Stabilisierung der Inflationserwartungen und in der Folge eine Seitwärtsbewegung bei den Kursen für langlaufende Anleihen. Dementsprechend liegt die **zehnjährige EURO-Rendite** weiterhin auf dem bereits im Oktober 1999 erreichten Niveau. Ebenso hat sich die **EURO-Zinsstrukturkurve** bei steigenden **EURO-Geldmarktzinsen** im ersten Halbjahr 2000 abgeflacht. Die Modellergebnisse zeigen, dass sich dieser Prozess im weiteren Jahresverlauf aufgrund der noch zu erwartenden Zinsschritte durch die Europäische Zentralbank fortsetzen wird.

Vor dem Hintergrund der internationalen Zinsentwicklung ist erstmals seit 10 Jahren für den Durchschnitt des Jahres 2000 wieder mit einer gegenüber dem Vorjahr steigenden österreichischen **Sekundärmarktrendite i.w.S.** von nominell 5.3 % zu rechnen. Unter Berücksichtigung der Prognose für den BIP-Deflator (1.0 %) ergibt sich damit ein Realzinsniveau von 4.3 %. Im nächsten Jahr ist ein

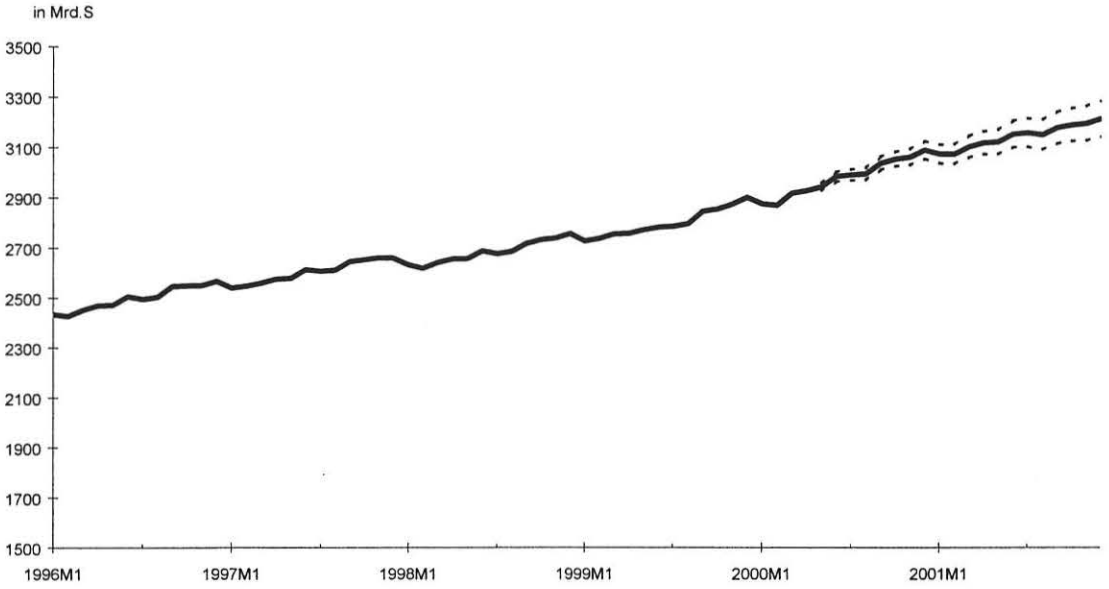
weiterer Anstieg der Sekundärmarktrendite auf 5.6 % zu erwarten, sodass sich bei einem BIP-Deflator von 1.3 % eine reale Rendite von ebenfalls 4.3 % errechnet.

Nachdem die **Bargeldmenge** im Jahre 1998 um 4.2 % abgenommen hat, war im Jahre 1999 wieder eine Expansion um 2.8 % zu verzeichnen, die sich konjunkturkonform auf 6.4 % im Jahr 2000 erhöhen wird. Während die **Sichteinlagen** schon im Jahre 1999 drastisch um 20.7 % zunahmen, ist im heurigen Jahr wieder eine im Rahmen liegende Wachstumsrate von 13.8 % zu erwarten. Aus den Aggregaten Bargeld und Sichteinlagen folgt eine gegenüber den Vorjahren deutlich erhöhte **Geldmenge**nexpansion (M_1) von 15.4 % im Jahre 1999, welche sich im Jahr 2000 auf 11.9 % zurückbilden wird.

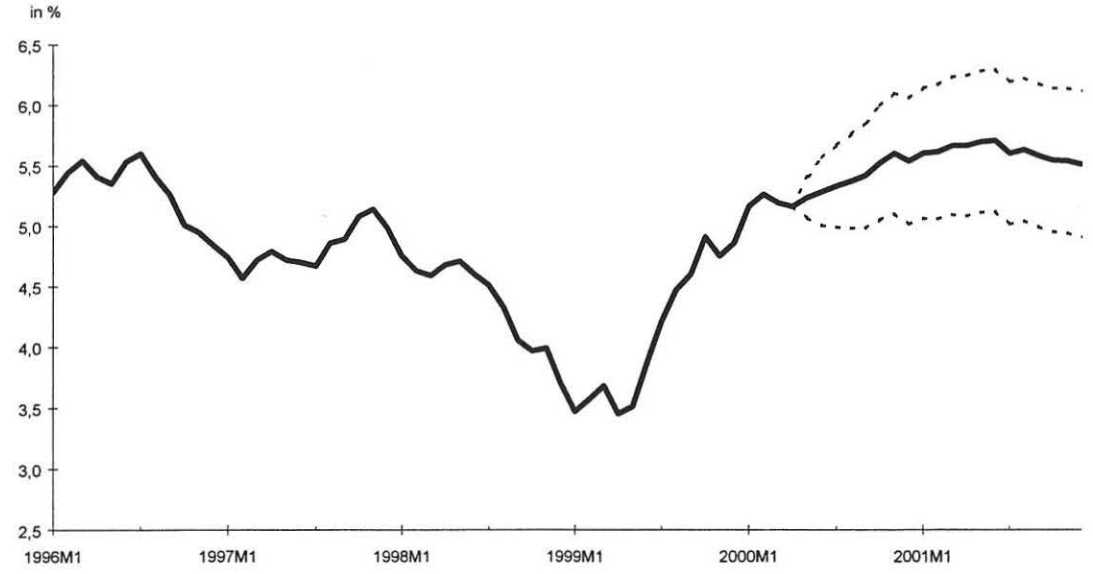
Bedingt durch die im Dezember 1998 zu beobachtende erratische Expansion der **Termineinlagen** hat sich diese Komponente im Durchschnitt des Jahres 1999 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (+109.0 %). Für das Jahr 2000 ist wieder mit einer Normalisierung der Dynamik auf 9.6 % zu rechnen. Nach der geringen Expansion der **Spareinlagen** um 1.8 % im Jahr 1998 kam es im Jahr 1999 in Übereinstimmung mit der Einkommensentwicklung zu einer leichten Beschleunigung auf 2.4 %. Vor dem Hintergrund eines laut VGR im Jahr 2000 langsamer als im Vorjahr zunehmenden Arbeitnehmer-Entgeltes und einer anhaltenden Nachfrage nach höherrentierlichen Sparformen werden die Spareinlagen im Jahr 2000 um lediglich 1.7 % wachsen.

Bei den **Direktkrediten an inländische Nichtbanken** kam es 1999 vor dem Hintergrund anhaltender Konsolidierungserfordernisse der öffentlichen Haushalte und einer weiterhin guten Liquiditätsausstattung der Unternehmen zu einer konjunkturkonformen Expansion des Kreditvolumens um 4.3%. Im heurigen Jahr weitet sich bei dann höherer Wirtschaftsdynamik das Kreditvolumen rascher um 6.4% aus.

Kreditvolumen

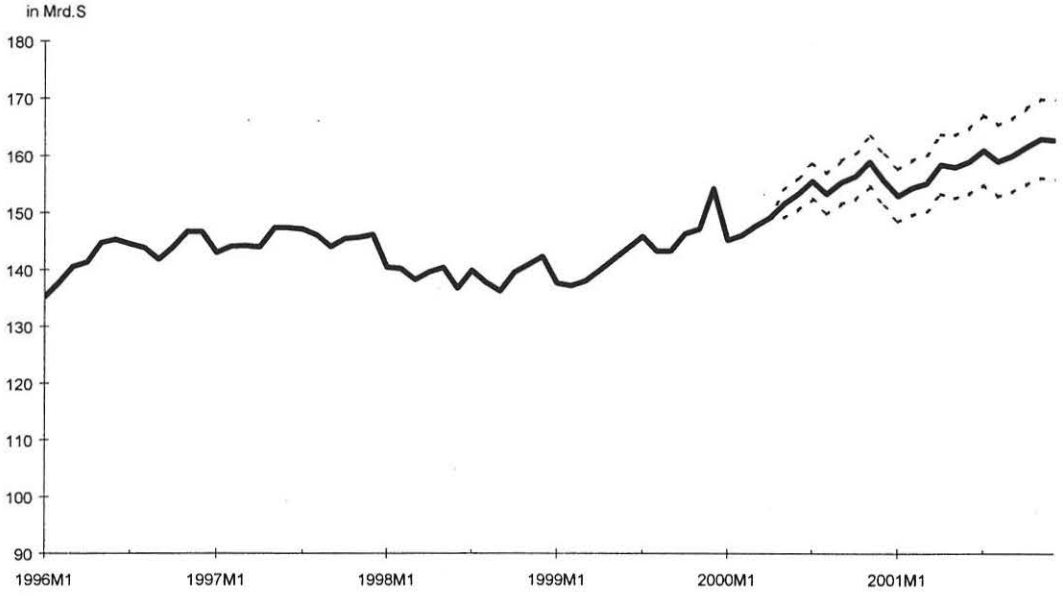


Sekundärmarktrendite

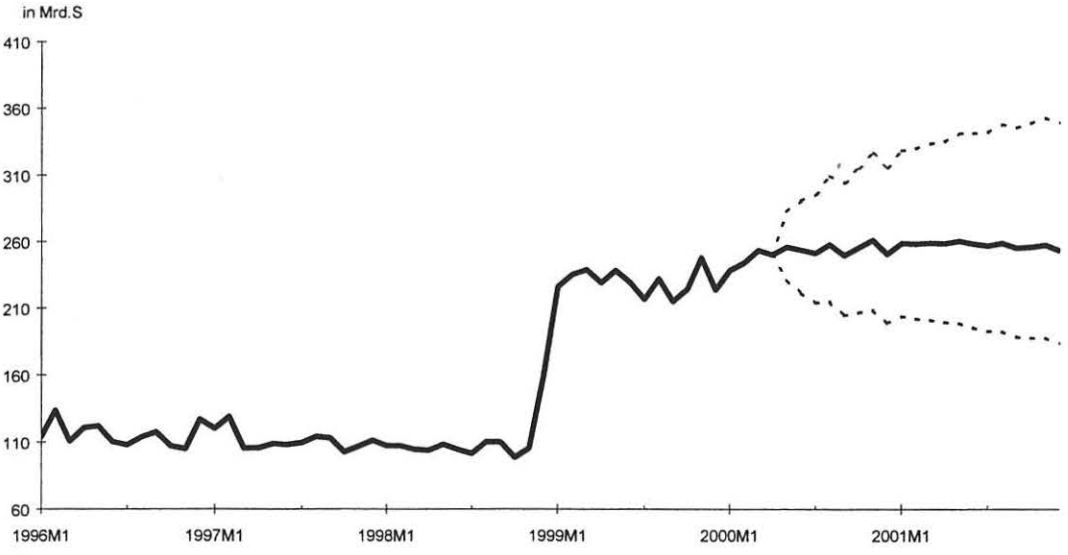


Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

Bargeldumlauf

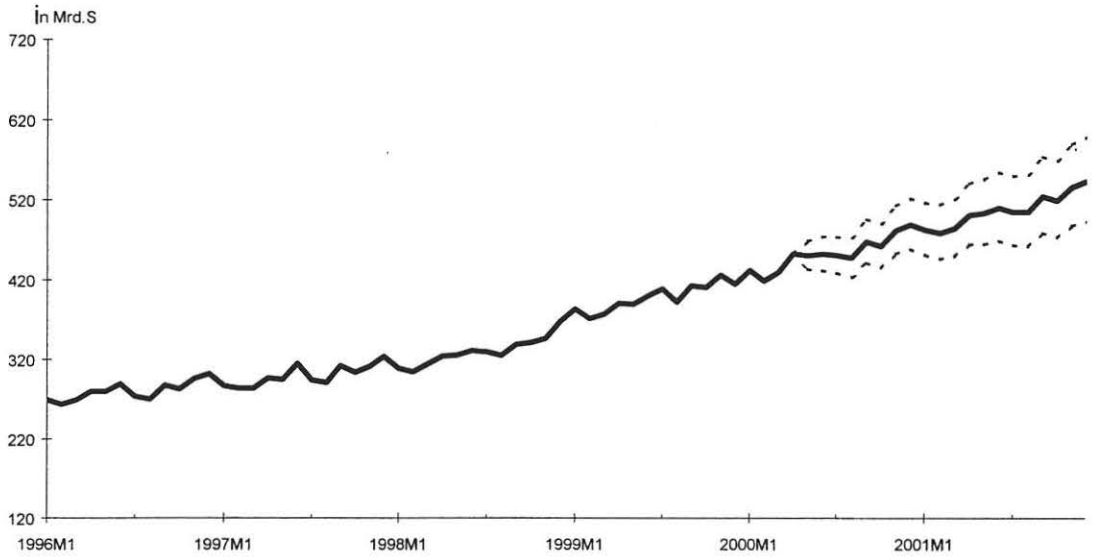


Termineinlagen



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

Sichteinlagen



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien

Institute for Advanced Studies, Vienna

Tabellen

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL	2375,170	2422,225	2451,015	2521,507	2573,818	2661,718	2743,348
			2,0%	1,2%	2,9%	2,1%	3,4%	3,1%
GDP$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2375,170	2453,241	2522,220	2610,878	2688,723	2808,461	2933,175
			3,3%	2,8%	3,5%	3,0%	4,5%	4,4%
PGDP	DEFLATOR DES BIP	100,000	101,280	102,905	103,544	104,464	105,513	106,920
			1,3%	1,6%	0,6%	0,9%	1,0%	1,3%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX	350,184	356,686	361,367	364,696	366,747	373,348	379,695
			1,9%	1,3%	0,9%	0,6%	1,8%	1,7%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	43,017	43,675	44,147	45,550	46,769	47,798	49,184
			1,5%	1,1%	3,2%	2,7%	2,2%	2,9%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE IN 1000	2972,259	2955,750	2968,506	2998,307	3035,535	3074,997	3106,977
			-0,6%	0,4%	1,0%	1,2%	1,3%	1,0%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF.	6,569	7,032	7,095	7,174	6,660	6,022	5,752
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		0,464	0,063	0,079	-0,515	-0,638	-0,269
BPC	LEISTUNGSBILANZ	-54,022	-50,760	-64,151	-59,748	-74,558	-61,059	-52,062
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		3,262	-13,391	4,403	-14,810	13,499	8,998

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRAEGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Var1	PRIVATER KONSUM		1,726	0,331	0,817	1,425	1,566	1,343
Var2	EIGENKONSUM NON-PROFIT		0,063	-0,248	0,050	0,050	0,026	0,026
Var3	OEFFENTLICHER KONSUM		0,260	-0,082	0,391	0,199	-0,078	0,000
Var4	INVESTITIONEN		-0,052	0,488	1,424	-0,016	1,005	0,964
Var5	AUSRUESTUNGEN		-0,271	0,718	0,862	-0,149	0,833	0,816
Var6	BAUTEN		0,219	-0,230	0,561	0,133	0,171	0,147
Var7	LAGERVERAENDERUNG + STATISTISCHE DIFFERENZ		-0,012	0,485	-0,508	-0,308	0,000	0,000
Var8	EXPORTE I.W.S.		2,286	3,990	3,728	1,575	4,340	3,271
Var9	WAREN		1,112	4,089	2,363	1,788	4,248	2,935
Var10	DIENSTLEISTUNGEN		0,460	0,357	0,687	0,123	0,279	0,320
Var11	IMPORTE I.W.S.		-2,290	-3,775	-3,025	-0,851	-3,444	-2,537
Var12	WAREN		-1,153	-2,666	-2,237	-1,355	-2,885	-2,297
Var13	DIENSTLEISTUNGEN		-0,716	-0,078	-0,107	0,274	-0,117	-0,125
GDP	BRUTTO-INLANDSPRODUKT		1,981	1,189	2,876	2,075	3,415	3,067

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Var1	INVESTITIONSQUOTE	24,232	23,710	23,914	24,629	24,113	24,288	24,500
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		-0,522	0,204	0,716	-0,516	0,175	0,212
UREU	ARBEITSLOSENRATE EU DEF.	3,900	4,400	4,400	4,500	3,700	3,400	3,200
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		0,500	0,000	0,100	-0,800	-0,300	-0,200
Var4	REALZINSSATZ		4,022	3,218	3,756	3,224	4,334	4,278
	ABSOLUTE DIFFERENZEN			-0,804	0,538	-0,531	1,110	-0,056
Var5	REALLOEHNE, BRUTTO	43,017	42,679	42,388	43,452	44,326	44,500	45,025
	JE AKTIV BESCH.		-0,8%	-0,7%	2,5%	2,0%	0,4%	1,2%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITAET	79,911	81,950	82,567	84,098	84,790	86,560	88,296
	JE AKTIV BESCH.		2,6%	0,8%	1,9%	0,8%	2,1%	2,0%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR	5,077	3,795	1,904	2,463	2,023	1,698	1,480
	IN PROZENT DES BIP		-1,281	-1,892	0,559	-0,440	-0,324	-0,219
	ABSOLUTE DIFFERENZEN							

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
C$	PRIVATER KONSUM	1285,101	1357,063 5,6%	1389,493 2,4%	1419,518 2,2%	1466,685 3,3%	1536,385 4,8%	1601,566 4,2%
CNP$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	47,453	49,794 4,9%	44,204 -11,2%	46,245 4,6%	48,179 4,2%	49,391 2,5%	50,633 2,5%
CP$	OEFFENTLICHER KONSUM	484,030	496,681 2,6%	499,101 0,5%	516,484 3,5%	530,655 2,7%	536,460 1,1%	543,166 1,3%
IF$	BRUTTO-ANLAGE-INVESTITIONEN	575,544	581,238 1,0%	600,320 3,3%	645,774 7,6%	651,020 0,8%	688,221 5,7%	723,808 5,2%
IFE$	AUSRUESTUNGS-INVESTITIONEN	239,822	232,524 -3,0%	248,547 6,9%	270,623 8,9%	263,738 -2,5%	288,255 9,3%	312,973 8,6%
IFC$	BAUINVESTITIONEN	335,722	348,714 3,9%	351,773 0,9%	375,151 6,6%	387,282 3,2%	399,965 3,3%	410,835 2,7%
DIFII$	LAGERVERAENDERUNGEN UND STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,024	-5,252 -7,276	25,537 30,789	-3,122 -28,659	1,564 4,686	1,564 0,000	1,564 0,000
VD$	INLANDSNACHFRAGE	2394,152	2479,524 3,6%	2558,655 3,2%	2624,899 2,6%	2698,103 2,8%	2812,020 4,2%	2920,737 3,9%
X$	EXPORTE I.W.S.	903,736	969,939 7,3%	1074,255 10,8%	1172,387 9,1%	1218,651 3,9%	1349,694 10,8%	1457,440 8,0%
M$	IMPORTE I.W.S.	922,718	996,222 8,0%	1110,690 11,5%	1186,408 6,8%	1228,031 3,5%	1353,253 10,2%	1445,001 6,8%
GDP$	B I P ZU MARKTPREISEN	2375,170	2453,241 3,3%	2522,220 2,8%	2610,878 3,5%	2688,723 3,0%	2808,461 4,5%	2933,175 4,4%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD.S ZU PREISEN VON 1995)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
C	PRIVATER KONSUM	1285,101	1326,101 3,2%	1334,116 0,6%	1354,143 1,5%	1390,082 2,7%	1430,394 2,9%	1466,154 2,5%
CNP	EIGENKONSUM NON-PROFIT	47,453	48,947 3,1%	42,932 -12,3%	44,146 2,8%	45,398 2,8%	46,079 1,5%	46,771 1,5%
CP	OEFFENTLICHER KONSUM	484,030	490,216 1,3%	488,233 -0,4%	497,811 2,0%	502,837 1,0%	500,826 -0,4%	500,826 0,0%
IF	BRUTTO-ANLAGE- INVESTITIONEN INSG.	575,544	574,304 -0,2%	586,126 2,1%	621,028 6,0%	620,627 -0,1%	646,485 4,2%	672,132 4,0%
IFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	239,822	233,389 -2,7%	250,771 7,4%	271,911 8,4%	268,157 -1,4%	289,610 8,0%	311,330 7,5%
IFC	BAUINVESTITIONEN	335,722	340,915 1,5%	335,355 -1,6%	349,117 4,1%	352,470 1,0%	356,876 1,3%	360,802 1,1%
DIFII	LAGERVERAENDERUNGEN UND STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,024	1,742 -0,282	13,492 11,750	1,030 -12,462	-6,732 -7,762	-6,732 0,000	-6,732 0,000
VD	INLANDSNACHFRAGE	2394,152	2441,310 2,0%	2464,899 1,0%	2518,158 2,2%	2552,212 1,4%	2617,052 2,5%	2679,150 2,4%
X	EXPORTE I.W.S.	903,736	958,023 6,0%	1054,663 10,1%	1146,034 8,7%	1185,748 3,5%	1297,457 9,4%	1384,516 6,7%
M	IMPORTE I.W.S.	922,718	977,108 5,9%	1068,547 9,4%	1142,685 6,9%	1164,142 1,9%	1252,791 7,6%	1320,318 5,4%
GDP	B I P ZU MARKTPREISEN	2375,170	2422,225 2,0%	2451,015 1,2%	2521,507 2,9%	2573,818 2,1%	2661,718 3,4%	2743,348 3,1%

TAB. 4 : PREISINDIZES 1995 = 100

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
PC	PRIVATER KONSUM	100,000	102,335 2,3%	104,151 1,8%	104,828 0,6%	105,511 0,7%	107,410 1,8%	109,236 1,7%
PCP	OEFFENTLICHER KONSUM	100,000	101,319 1,3%	102,226 0,9%	103,751 1,5%	105,532 1,7%	107,115 1,5%	108,454 1,3%
PIF	BRUTTO-ANLAGE-INVESTITIONEN	100,000	101,207 1,2%	102,422 1,2%	103,985 1,5%	104,897 0,9%	106,456 1,5%	107,688 1,2%
PIFE	AUSRUESTUNGS-INVESTITIONEN	100,000	99,629 -0,4%	99,113 -0,5%	99,526 0,4%	98,352 -1,2%	99,532 1,2%	100,528 1,0%
PIFC	BAUINVESTITIONEN	100,000	102,288 2,3%	104,896 2,5%	107,457 2,4%	109,877 2,3%	112,074 2,0%	113,867 1,6%
PVD	INLANDSNACHFRAGE	100,000	101,565 1,6%	103,804 2,2%	104,239 0,4%	105,716 1,4%	107,450 1,6%	109,017 1,5%
PX	EXPORTE I.W.S.	100,000	101,244 1,2%	101,858 0,6%	102,299 0,4%	102,775 0,5%	104,026 1,2%	105,267 1,2%
PM	IMPORTE I.W.S.	100,000	101,956 2,0%	103,944 1,9%	103,826 -0,1%	105,488 1,6%	108,019 2,4%	109,443 1,3%
PGDP	B I P ZU MARKTPREISEN	100,000	101,280 1,3%	102,905 1,6%	103,544 0,6%	104,464 0,9%	105,513 1,0%	106,920 1,3%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
XG$	WARENEXPORTE	581,421	613,910	716,062	776,264	822,964	945,273	1037,929
			5,6%	16,6%	8,4%	6,0%	14,9%	9,8%
XSO$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	113,222	129,737	144,062	160,643	164,182	172,153	180,327
			14,6%	11,0%	11,5%	2,2%	4,9%	4,7%
XST$	REISEVERKEHR	135,995	135,335	134,085	138,404	141,955	146,966	152,598
			-0,5%	-0,9%	3,2%	2,6%	3,5%	3,8%
XADJ$	EXPORTE ADJUSTMENT	73,098	90,957	80,046	97,076	89,550	85,302	86,586
			24,4%	-12,0%	21,3%	-7,8%	-4,7%	1,5%
X$	EXPORTE I.W.S.	903,736	969,939	1074,255	1172,387	1218,651	1349,694	1457,440
			7,3%	10,8%	9,1%	3,9%	10,8%	8,0%
MG$	WARENIMPORTE	643,977	685,453	761,319	813,995	859,942	962,645	1041,470
			6,4%	11,1%	6,9%	5,6%	11,9%	8,2%
MSO$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,486	117,745	122,953	134,833	132,107	136,905	141,181
			12,7%	4,4%	9,7%	-2,0%	3,6%	3,1%
MST$	REISEVERKEHR	109,510	116,702	123,244	117,734	117,953	120,914	124,199
			6,6%	5,6%	-4,5%	0,2%	2,5%	2,7%
MADJ$	IMPORTE ADJUSTMENT	64,745	76,322	103,174	119,846	118,029	132,790	138,151
			17,9%	35,2%	16,2%	-1,5%	12,5%	4,0%
M$	IMPORTE I.W.S.	922,718	996,222	1110,690	1186,408	1228,031	1353,253	1445,001
			8,0%	11,5%	6,8%	3,5%	10,2%	6,8%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU PREISEN 1995)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
XG	WARENEXPORTE	581,421	607,832 4,5%	706,873 16,3%	764,792 8,2%	809,869 5,9%	919,201 13,5%	997,333 8,5%
XSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	113,222	127,193 12,3%	139,595 9,8%	154,613 10,8%	155,260 0,4%	159,763 2,9%	164,875 3,2%
XST	REISEVERKEHR	135,995	132,942 -2,2%	129,176 -2,8%	130,988 1,4%	133,441 1,9%	136,110 2,0%	139,513 2,5%
XADJ	EXPORTE ADJUSTMENT	73,098	90,056 23,2%	79,019 -12,3%	95,641 21,0%	87,178 -8,8%	82,383 -5,5%	82,795 0,5%
X	EXPORTE I.W.S.	903,736	958,023 6,0%	1054,663 10,1%	1146,034 8,7%	1185,748 3,5%	1297,457 9,4%	1384,516 6,7%
MG	WARENIMPORTE	643,977	671,355 4,3%	735,929 9,6%	790,747 7,4%	824,919 4,3%	899,162 9,0%	960,305 6,8%
MSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,486	116,811 11,8%	118,452 1,4%	129,150 9,0%	124,731 -3,4%	127,226 2,0%	129,516 1,8%
MST	REISEVERKEHR	109,510	114,190 4,3%	114,433 0,2%	106,365 -7,1%	103,885 -2,3%	104,404 0,5%	105,448 1,0%
MADJ	IMPORTE ADJUSTMENT	64,745	74,752 15,5%	99,733 33,4%	116,423 16,7%	110,607 -5,0%	122,000 10,3%	125,050 2,5%
M	IMPORTE I.W.S.	922,718	977,108 5,9%	1068,547 9,4%	1142,685 6,9%	1164,142 1,9%	1252,791 7,6%	1320,318 5,4%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1995 = 100)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
PXG	WARENEXPORTE	100,000	101,000 1,0%	101,300 0,3%	101,500 0,2%	101,617 0,1%	102,836 1,2%	104,070 1,2%
PXSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000	102,000 2,0%	103,200 1,2%	103,900 0,7%	105,747 1,8%	107,756 1,9%	109,372 1,5%
PXST	REISEVERKEHR	100,000	101,800 1,8%	103,800 2,0%	105,662 1,8%	106,380 0,7%	107,976 1,5%	109,380 1,3%
PX	EXPORTE I.W.S.	100,000	101,244 1,2%	101,858 0,6%	102,299 0,4%	102,775 0,5%	104,026 1,2%	105,267 1,2%
PMG	WARENIMPORTE	100,000	102,100 2,1%	103,450 1,3%	102,940 -0,5%	104,246 1,3%	107,060 2,7%	108,452 1,3%
PMSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,000	100,800 0,8%	103,800 3,0%	104,400 0,6%	105,914 1,4%	107,608 1,6%	109,007 1,3%
PMST	REISEVERKEHR	100,000	102,200 2,2%	107,700 5,4%	110,689 2,8%	113,542 2,6%	115,813 2,0%	117,782 1,7%
PM	IMPORTE I.W.S.	100,000	101,956 2,0%	103,944 1,9%	103,826 -0,1%	105,488 1,6%	108,019 2,4%	109,443 1,3%
Var1	PX/PM*100 TERMS OF TRADE, GESAMT	100,000	99,301 -0,7%	97,993 -1,3%	98,529 0,5%	97,428 -1,1%	96,303 -1,2%	96,184 -0,1%
Var2	PXG/PMG*100 TERMS OF TRADE, GUETER	100,000	98,923 -1,1%	97,922 -1,0%	98,601 0,7%	97,478 -1,1%	96,055 -1,5%	95,960 -0,1%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OeNB MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
BPG	SALDO GUETER	-67,064	-77,035	-51,979	-45,258	-45,562	-27,372	-17,042
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		-9,971	25,056	6,721	-0,304	18,190	10,330
BPST	SALDO REISEVERKEHR	26,483	18,631	10,842	20,670	24,002	26,052	28,400
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		-7,852	-7,789	9,828	3,332	2,050	2,347
BPSO	SALDO SONST. DIENSTE	20,009	29,541	1,191	8,523	7,467	1,760	0,080
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		9,532	-28,350	7,332	-1,056	-5,707	-1,680
BPOP	SALDO SONST. POSITIONEN	-16,192	-3,080	-3,488	-19,770	-34,898	-35,000	-36,000
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		13,112	-0,408	-16,282	-15,128	-0,102	-1,000
BPTR	SALDO TRANSFERS	-17,258	-18,817	-20,717	-23,913	-25,567	-26,500	-27,500
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		-1,559	-1,900	-3,196	-1,654	-0,933	-1,000
BPC	LEISTUNGSBILANZ	-54,022	-50,760	-64,151	-59,748	-74,558	-61,059	-52,062
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		3,262	-13,391	4,403	-14,810	13,499	8,998

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Var1	M$/GDP$*100 IMPORTQUOTE, GESAMT	38,849	40,608	44,036	45,441	45,673	48,185	49,264
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		1,760	3,428	1,405	0,232	2,511	1,079
Var2	MG$/GDP$*100 IMPORTQUOTE, GUETER	27,113	27,941	30,184	31,177	31,983	34,277	35,507
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		0,828	2,244	0,993	0,806	2,293	1,230
Var3	X$/GDP$*100 EXPORTQUOTE, GESAMT	38,049	39,537	42,592	44,904	45,325	48,058	49,688
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		1,488	3,055	2,312	0,421	2,734	1,630
Var4	XG$/GDP$*100 EXPORTQUOTE, GUETER	24,479	25,024	28,390	29,732	30,608	33,658	35,386
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		0,545	3,366	1,342	0,876	3,050	1,728
Var5	BPC/GDP$*100 LEISTUNGSBILANZQUOTE	-2,274	-2,069	-2,543	-2,288	-2,773	-2,174	-1,775
	ABSOLUTE DIFFERENZEN		0,205	-0,474	0,255	-0,485	0,599	0,399

TAB. 10 : ARBEITSMARKT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
POPWAT	ERWERBSFAEHIGE BEVOELKERUNG IN 1000	5221,600	5237,000 0,3%	5254,500 0,3%	5266,200 0,2%	5271,500 0,1%	5266,800 -0,1%	5259,800 -0,1%
TLFPR	ERWERBSQUOTE	70,002	69,623 -0,5%	69,613 0,0%	69,962 0,5%	70,199 0,3%	70,599 0,6%	71,171 0,8%
TLF	ERWERBSPERSONEN	3655,202	3646,161 -0,2%	3657,817 0,3%	3684,359 0,7%	3700,541 0,4%	3718,316 0,5%	3743,452 0,7%
Var1	INLAENDISCHE ERWERBSPERSONEN	3330,008	3318,204 -0,4%	3331,510 0,4%	3357,314 0,8%	3366,933 0,3%	3373,699 0,2%	3388,497 0,4%
DLFFOR	AUSLAENDISCHES ARBEITS-KRAEFTEANGEBOT	325,194 2,8%	327,957 0,8%	326,307 -0,5%	327,045 0,2%	333,608 2,0%	344,617 3,3%	354,956 3,0%
SEG	SELBSTAENDIG ERWERBSTAETIGE	371,300	368,400 -0,8%	368,900 0,1%	369,900 0,3%	370,900 0,3%	372,755 0,5%	374,618 0,5%
DLF	ARBEITSKRAEFTEANGEBOT	3283,902	3277,761 -0,2%	3288,917 0,3%	3314,459 0,8%	3329,641 0,5%	3345,561 0,5%	3368,834 0,7%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE	2972,259	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3074,997 1,3%	3106,977 1,0%
LENACT	KUG-BEZIEHER UND PRAESENZDIENER	95,927	91,504 -4,6%	87,063 -4,9%	78,359 -10,0%	72,363 -7,7%	69,107 -4,5%	68,070 -1,5%
UN	ARBEITSLOSE	215,716	230,507 6,9%	233,348 1,2%	237,793 1,9%	221,743 -6,7%	201,458 -9,1%	193,787 -3,8%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,569	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	6,022 -0,638	5,752 -0,269

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
GDP$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2375,170	2453,241 3,3%	2522,220 2,8%	2610,878 3,5%	2688,723 3,0%	2808,461 4,5%	2933,175 4,4%
YWGG$	ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	1278,584	1290,932 1,0%	1310,505 1,5%	1365,715 4,2%	1419,680 4,0%	1469,775 3,5%	1528,127 4,0%
BUSE	BRUTTOBETRIEBSUEBER- SCHUSS/SELBST.EINK	808,128	863,281 6,8%	882,746 2,3%	911,140 3,2%	926,683 1,7%	984,344 6,2%	1037,949 5,4%
PASUB	PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	288,458	299,028 3,7%	328,969 10,0%	334,023 1,5%	342,360 2,5%	354,343 3,5%	367,099 3,6%
YF$	PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-26,950	-11,525 -57,2%	-14,159 22,9%	-23,451 65,6%	-52,337 123,2%	-52,337 0,0%	-52,337 0,0%
DEP$	ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	313,455	324,671 3,6%	335,027 3,2%	347,576 3,7%	360,089 3,6%	374,493 4,0%	390,596 4,3%
Y$	NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	2034,765	2117,045 4,0%	2173,034 2,6%	2239,851 3,1%	2276,297 1,6%	2381,631 4,6%	2490,242 4,6%
YT$	LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-7,121	-11,466 61,0%	-10,235 -10,7%	-15,824 54,6%	-16,968 7,2%	-16,968 0,0%	-16,968 0,0%
NE$	VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	2027,644	2105,579 3,8%	2162,799 2,7%	2224,027 2,8%	2259,329 1,6%	2364,663 4,7%	2473,274 4,6%

TAB. 12 : MONETAERER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
BGK	BARGELD OHNE GOLD- UND SILBERMUENZEN	135,077 4,6%	142,709 5,6%	145,390 1,9%	139,338 -4,2%	143,226 2,8%	152,321 6,4%	158,712 4,2%
SI	SICHTEINLAGEN	245,472 9,2%	279,972 14,1%	299,391 6,9%	329,513 10,1%	397,813 20,7%	452,839 13,8%	507,651 12,1%
M1	GELDMENGE M1	380,549 7,5%	422,681 11,1%	444,781 5,2%	468,851 5,4%	541,039 15,4%	605,160 11,9%	666,362 10,1%
TE	TERMINEINLAGEN INKL. AUFGENOMMENE GELDER	121,700 9,1%	115,753 -4,9%	111,137 -4,0%	109,917 -1,1%	229,681 109,0%	251,742 9,6%	257,538 2,3%
SP	SPAREINLAGEN	1513,810 0,6%	1550,190 2,4%	1588,122 2,4%	1616,398 1,8%	1655,351 2,4%	1684,092 1,7%	1726,812 2,5%
D	EINLAGEVOLUMEN	1880,982 2,2%	1945,915 3,5%	1998,650 2,7%	2055,828 2,9%	2282,845 11,0%	2381,077 4,3%	2482,038 4,2%
KV	KREDITVOLUMEN	2353,374 5,7%	2497,248 6,1%	2603,403 4,3%	2682,426 3,0%	2798,316 4,3%	2977,766 6,4%	3142,220 5,5%
RSEK	SEKUNDAERMARKT-RENDITE i.w.S.	6,467 -3,1%	5,302 -18,0%	4,822 -9,1%	4,377 -9,2%	4,113 -6,0%	5,338 29,8%	5,611 5,1%
REU3M	DM-/EURO-RENDITE 3M *	4,471 -15,4%	3,211 -28,2%	3,291 2,5%	3,493 6,2%	2,876 -17,7%	4,546 58,1%	5,224 14,9%
REU10J	DM-/EURO-RENDITE 10J *	6,974 -0,8%	6,336 -9,1%	5,679 -10,4%	4,660 -18,0%	4,700 0,9%	5,635 19,9%	5,821 3,3%

* IHS/RZB-Zinsstrukturmodell.

TAB. 13 : WECHSELKURSE

	1997	1998	1999	2000
EUR/USD	0,883	0,897	0,939	1,031
ATS/USD	12,144	12,347	12,916	14,181
	.	1,7%	4,6%	9,8%
EUR/GBP	1,446	1,487	1,519	1,611
ATS/GBP	19,895	20,467	20,895	22,170
	.	2,9%	2,1%	6,1%
EUR/100YEN	0,729	0,687	0,829	0,993
ATS/100YEN	10,03	9,454	11,406	13,658
	.	-5,8%	20,6%	19,7%
EUR/SFR	0,609	0,620	0,625	0,643
ATS/SFR	8,380	8,531	8,597	8,841
	.	1,8%	0,8%	2,8%

IHS/RZB-Wechselkursmodell.

Autoren: Bernhard Felderer, Daniela Grozea-Helmenstein, Christian Helmenstein, Helmut Hofer, Jaroslav Hlouskova, Reinhard Koman, Elizaveta Krylova, Monika Riedel, Edith Skriner, Martin Wagner, Andrea Weber

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2000/2001

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 13

Redaktion: Nina Gritzky

© 2000 Institut für Höhere Studien (IHS)
Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)
Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 5970635 ♦ http://www.ihs.ac.at